



NACHRICHTENBLATT

der Bonner Studentenschaft

3. Jahrgang - Nr. 6

HERAUSGEGEBEN VOM ASTA

November 1951

Aus dem Inhalt:

Magnifizenz Professor D. Dr. Richter: **Aufgaben und Ziele im neuen Studienjahr**

Hans-Eberhard Roesch: **Rückblick und Ausblick**

Neues aus der studentischen Selbstverwaltung

Professor Dr. Gerhard Hussert: **Reform des Rechtsstudiums**

Auszüge aus der Denkschrift der Lehramtskandidaten

Kurt Irsfeld: **5. Tagung der Deutschen Juristischen Fachschaften**

Hans Schlömer: **Reform des Medizinstudiums? - Ja und Nein!**

Aus den studentischen Gemeinschaften

Ein Brief der ASTA, Bonn

Aufruf zur Solidaritätssammlung - Auszüge aus Dankesbriefen

Hans-Eberhard Roesch: **Ach, wären wir Studenten nur noch Insulaner**

- Zur Eisenbahntariferhöhung -

Dr. Heinemann: **Unruhen in der brasilianischen Studentenschaft**

Universitäts-Nachrichten

STOFFE

erste Qualitäten, reichhaltige
Auswahl, günstige Preise

*Zum
"weißen Haus"*

BONN · ECKE STERNSTRASSE · DREIECK

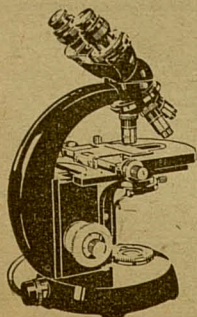
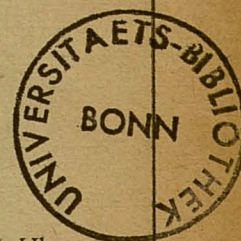
Gangolf

LICHTSPIELE BONN

Telefon 38181

Die filmische Visitenkarte
der Bundeshauptstadt Bonn

Täglich: 13.30, 15.30, 17.45, 20.15 Uhr



HANS HILGERS

MECKENHEIMER ALLEE 72

Instrumente und Apparate für Medizin und Naturwissenschaften

Photographische
Einrichtungen

Ruf 33648

Leihinstrumente
Reparaturen

1643

HOTEL SCHAUMBURGER HOF

BAD GODESBERG/RH.

Historisches Weinhaus direkt am Rhein gegenüber dem Siebengebirge.
Traditionelles Haus für Korporations- und Fachschaftsfestlichkeiten.

Festsaal für 200 Personen.

Auch für kleinere Gesellschaften passende Räumlichkeiten.
Straßenbahn- und Autobusverbindung. Rückfahrmöglichkeit jederzeit
auch nachts bei billigster Preisgestaltung

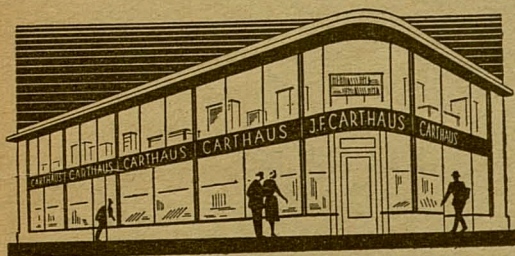
Tel. 5995/96, 3113

Heinrich Mundorf

Neugestaltet doch alte Tradition

Hotel
Bergischer Hof

Warme Küche bis 24 Uhr



J. F. CARTHAUS · BONN

Kollegbücher · Füllhalter · Schreibwaren
Buchdruckerei · Verlag

REMIGIUSSTRASSE 16 · RUF SA.-Nr. 32447

Mit der Universität und Studentenschaft verbunden seit 100 Jahren

*Güte
Kleidung*

*vollendet in Form
und Qualität*

*zu kleinen
Preisen*

Ecker

BONN, STERNSTRASSE 3 - MARKT

MENZEN & CIE.

vorm. Menzen & Homeyer

BONN - Sternstr. 56 - Ruf 3162

Ärzte - Krankenhauseinrichtungen - Labor-Geräte
Mikroskope - Chirurgie-Instrumente - sämtlicher
Bedarf für Vorkliniker und Kliniker

Wiedereröffnung

BAHN-HOTEL UNION-BRAU

Bahnhofstraße 28 - Ruf 7941

Bierstube Cassiusgraben

Vorzügliche Küche

Spezialausschank Dortmunder Union Biere

Willy Müller und Frau

Conditorei und Café

PAUL MÜLLER

Inh. Rud. Müller u. Fritz Bäcker

Bischofsgasse 4 - Ruf 6198

in unmittelbarer Nähe der Universität

NACHRICHTENBLATT DER BONNER STUDENTENSCHAFT

3. JAHRJANG / NR. 6

HERAUSGEGEBEN VOM ASTA

NOVEMBER 1951

Der neue Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

Professor Richter ist o. Professor der Deutschen Philologie, insbesondere der Älteren Germanistik. Er studierte in Marburg, Basel und Berlin. In Berlin promovierte er als Schüler Heuslers, Rothes und Erich Schmidts. Nach seiner Habilitation in Greifswald war er während des 1. Weltkrieges Professor an der Universität Konstantinopel. Nach dem 1. Weltkrieg kam er als a. o. Professor nach Greifswald und wurde dort 1927 ordentlicher Professor. Als Mitarbeiter von C. H. Becker wurde er dann ins Preußische Kultusministerium als Personalreferent für die Universitäten berufen und rückte nach wenigen Jahren zum



Foto: Engels

Professor D., Dr. phil., Dr. jur. h. c. Werner Richter

Ministerialdirektor und Chef der Preußischen Hochschulverwaltung auf. Von 1920 an war er gleichzeitig Honorarprofessor an der Universität Berlin. Nach seinem Austritt aus dem Ministerium wurde er o. Professor der Deutschen Philologie an der Universität Berlin. 1949 wurde er nach Bonn berufen. Seine wissenschaftliche Arbeit in Büchern und Aufsätzen gilt dem Gesamtgebiet der Deutschen Philologie, dem Mittelalter, dem 17. Jahrhundert, der Goethezeit, den Prinzipien der Deutschen Literaturgeschichte. Gleichzeitig hat er sich literarisch mit der Geschichte der Deutschen Bildung und der Universitätsgeschichte beschäftigt.

UND WAS SAGT MAGNIFIZENZ RICHTER AUF UNSERE BITTE ÜBER SEINE ZIELE ALS REKTOR?

Gerne bin ich bereit, auf diese Weise die Fühlung mit der Bonner Studentenschaft und Ihrem Nachrichtenblatt aufzunehmen. Erwarten Sie bitte nicht von mir, daß ich ein niet- und nagelfestes Programm für das kommende Rektorat aufstelle.

Der neue Rektor ist zunächst das ausführende Organ für die laufenden Beschlüsse und Ziele des Senats der Universität. Er hat für die Kontinuität des laufenden Programms Sorge zu tragen. Dank der Hingebung und Fürsorge der Rektoren und Senate der letzten Jahre hat der Aufbau der Universität Bonn ganz erstaunliche Fortschritte gemacht. Diesen Aufbau im Sinne der bisherigen Bestrebungen fortzuführen, ist die Aufgabe des neuen Rektors und des neuen Senates.

Soll ich aus dem großen Bereich von Problemen, die uns bewegen, einiges hervorheben, so muß die Fortführung der Bauten zuerst genannt werden. Im Hauptgebäude ist die Hörsaalnot noch keineswegs behoben. Das Institut für Leibesübungen, um nur dies eine hervorzuheben, harret noch weiterer Raumfürsorge. Wie groß noch die Bedürfnisse für den Neubau von Kliniken sind, ist allbekannt.

Die materielle und geistige Fürsorge für die Studierenden bedarf sicherlich eines weiteren Ausbaues. Daß wir Professoren uns noch stärker als bisher der seelischen und wissenschaftlichen Betreuung unserer Studierenden wid-

men müssen, darüber herrscht, so glaube ich, Einigkeit im Lehrkörper. Unter einer solchen Betreuung verstehe ich persönlich auch, daß wir uns mit der Berufsnot, die unsere Studierenden in der Zukunft erwartet, eindringlich beschäftigen. Ich würde es auch begrüßen, wenn die Frage einer religiösen Lebensgestaltung in der Universität Bonn noch stärker in das Bewußtsein der Lehrenden und Lernenden träte.

Die staatspolitische Bildung unserer Studierenden und die Einfügung des studium generale in den wissenschaftlichen Aufbau unserer Universität müssen als vordringliche Ziele in der nahen Zukunft bezeichnet werden. Beide Fragen stehen nicht nur in Bonn, sondern an allen westdeutschen Universitäten zur Diskussion. Daß es Bonn auch auf diesem Gebiete gelingen möge, Sicherheit, die aus Traditionsbewußtsein emporwächst, mit vorurteilslosem Wagemut zu verbinden, ist mein besonderer Wunsch.

Nichts aber würde mir mehr Genugtuung verschaffen, als mit der Studentenschaft unserer Universität in ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis zu kommen, das auf Offenheit der Gesinnung und Besonnenheit des Handelns beruht. Der Nöte unserer Studentenschaft glaube ich mir bewußt zu sein und will mich von ganzem Herzen und nach besten Kräften für ihre Linderung einsetzen.

Möge die Arbeit der Asta auch im kommenden Jahr von dem Verantwortungsgefühl aller Studierenden getragen sein.

Rückblick und Ausblick

Wenn mit Beginn dieses Semesters die im SS 1951 gewählten ASTA-Vertreter ihr Amt antreten, scheiden nun auch die letzten ASTA-Mitglieder aus, die nach dem Rücktritt des ASTA im SS 50 sich bemüht hatten, die studentische Selbstverwaltung wieder in die rechten Bahnen zu lenken und das bei Senat und Studentenschaft verloren gegangene Vertrauen wiederzugewinnen. Das dürfte wohl Anlaß sein, offen und kritisch zu prüfen, in wieweit diese Ziele als erreicht angesehen werden können.

Sie werden sich wohl noch an die Ereignisse des SS 50 erinnern können. Nicht gerade verantwortungsvoll, keineswegs aber sich der Grenzen seines Aufgabengebietes bewußt übergab der damalige ASTA eine eigene Stellungnahme zur Landesverfassung von NRW der Öffentlichkeit. Und eben dies veranlaßte einige meiner Freunde und mich, offen gegen diese Anmaßung anzugehen. Daß es uns ein ernstes Anliegen war, eine echte studentische Selbstverwaltung zu haben, mögen Sie aus den Tatsachen ersehen, daß wir — die Unterzeichner des Flugblattes vom SS 50 — uns im WS 50/51 zur Wahl stellten. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang ganz offen sagen, daß ich bis dahin kein richtiges Verhältnis zum ASTA gehabt habe, ja mich nur selten um ihn kümmerte. — Andererseits aber hatte ich eine klare Vorstellung von dem, was die Aufgaben einer Studentenvertretung sind. Ich möchte es fast mit der Arbeit der Gewerkschaften vergleichen: Wahrnehmung sozialer und fachlicher Belange.

Im besagten WS 50/51 trat der neue ASTA nun ein sehr trauriges Erbe an: DM 5 100,— fehlten in der ASTA-Kasse, das Vertrauen von Rektor, Senat und anderen Stellen uns gegenüber war ziemlich erschüttert, in der Studentenschaft schien sich die Überzeugung von der Sinnlosigkeit des ASTA — ja viele nannten ihn nur noch das „Parasitenasyl“ oder das „Karrierensprungbrett“ — immer mehr breit zu machen; dies waren jedoch nur die hervorstechendsten Merkmale. In diesem Chaos begannen wir also unsere Tätigkeit als völlige Neulinge.

Was ist nun als Ergebnis dieser unserer einjährigen Arbeit festzustellen?

Wir haben uns bemüht, vor allem in finanzieller Hinsicht ein sauberes Gebaren an den Tag zu legen: Abrechnung und Hhpl. wurden Ihnen vorgelegt, im WS 50/51 bereits konnten wir der Universität DM 3 600,— von dem Darlehen zurückzahlen, das zur Durchführung des sog. Frankreichprojektes im August 1950 aufgenommen worden war. Im SS 51 waren wir ebenfalls in der Lage, mit einer nochmaligen Zahlung die Schuld gegenüber der Universität zu tilgen. Außerdem war es erstmals möglich, im Hhpl. eine Rücklage in Höhe von DM 1 000,— vorzusehen.

Wenn ich hier die Finanzen vorab behandle, so tue ich dies in der Überzeugung, daß Sie ein besonderes Interesse daran haben, was mit Ihrem Geld geschehen ist.

In dem Bewußtsein, daß die Vorgänge in der AK das Ansehen des ASTA stark gefährdet haben, befaßten sich im WS 50/51 und SS 51 Ausschüsse des ASTA mit diesem Problem. Als Ergebnis ist der Abschluß eines Rückzahlungsvertrages mit dem ehemaligen Frankreichreferenten — aufgrund dessen inzwischen DM 1 200,— gezahlt wurden — und der Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens vor dem Ältestenrat gegen die seiner Zeit Aufsichtspflichtigen anzusehen. Diesem Antrag wurde zwar vom Ältestenrat nicht stattgegeben, er besitzt jedoch eine große präjudizielle Bedeutung im Hinblick auf das Verfassungskontrollorgan der Studentenschaft.

Auf dem sozialen Sektor war die Arbeit des ASTA sehr intensiv; ich verweise hier nur auf die Regelung der Kohlenversorgung, die Bemühungen um die Verhinderung der Bundesbahntarifierhöhung oder die Bearbeitung der Soforthilfeanträge.

Auch in der Auslandsarbeit sind einige Erfolge zu verzeichnen: Rund 300 Kommilitonen haben durch Vermittlung des ASTA Auslandsreisen unternommen. Weiterhin oblag dem ASTA die Betreuung einer ansehnlichen Reihe ausländischer Studentengruppen und einzelreisender ausländischer Kommilitonen bei ihrem Aufenthalt in Bonn. Für die nächste Zeit werden eigenständige Projekte bereits vorbereitet: Fahrten nach Paris zum Besuch der UN-Vollversammlung und im Frühjahr eine Studienreise nach Schweden.

Das Pressereferat gibt nun das Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft (NBST) gedruckt heraus und wird bemüht sein, das NBST zu einer rechten Studentenzeitung zu formen, wobei es aber auch besonders auf Ihre Mitarbeit angewiesen ist.

Leider haben wir im fachschaftlichen Bereich der ASTA-Arbeit nicht die Erfolge zu verzeichnen, wie es unser aller Wunsch gewesen wäre. Ansätze sind jedoch vorhanden, wie sie sich in der vorliegenden Nummer des NBST bereits Ihnen zeigen. Es ist unbedingt erforderlich, daß auf diesem Gebiete mehr getan wird als dies bisher der Fall gewesen ist. Diese Erkenntnis hatten wir schon seit geraumer Zeit, jedoch war die Verwirklichung unseres Vorhabens einfach nicht möglich, da besonders die personelle Besetzung des ASTA das nicht zuließ.

Und hier bin ich an einem Punkt angelangt, der in aller Offenheit behandelt werden sollte: Es hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres gezeigt, daß die ASTA-Vertreter nicht immer die erforderliche Qualifikation besaßen. Dies hat m. E. verschiedene Gründe: Einmal waren im ASTA Kommilitonen, denen ein gewisses persönliches Geltungsbedürfnis Triebfeder ihrer Kandidatur war. Als sich aber die Arbeit in der Studentenvertretung als sehr zeitraubend und auch nicht so im Lichte der Öffentlichkeit stehend erwies, sah sich dieses Geltungsbedürfnis nicht befriedigt, und die Mitarbeit erlahmte. Andere Kommilitonen schienen von irgendwelchen studentischen Gruppen in den ASTA lanciert zu sein, und daher war auch deren Mitarbeit nicht von dem eigentlich notwendigen Idealismus getragen. Es ist, das darf ich wohl sagen, nie zu ernststen Auseinandersetzungen in dieser Hinsicht gekommen: Das Bewußtsein, Vertreter der gesamten Studentenschaft zu sein, hat sich noch immer durchgesetzt. Es besteht auch kein konkreter Anlaß, für den ASTA Bonn in dieser Beziehung Befürchtungen zu hegen. Aber die aufgezeigte Gefahr besteht, und sie wächst mit der Differenzierung der studentischen Gemeinschaften. Es muß Anliegen aller Kommilitonen sein, auf diese Entwicklung zu achten. Jedenfalls darf sich im ASTA Bonn nie ereignen, was sich auf der letzten DK in Berlin zugetragen hat: Nach dem Beschluß, daß die DK die Austragung von Messuren verurteilt und feststellt, daß sich solche Kommilitonen aus der Gemeinschaft der deutschen Studentenschaft ausschließen, verließ der Delegierte der Universität München die Konferenz. Hier also überwog das Zugehörigkeitsbewußtsein zu einer Minderheit von ca. 8—9% der Münchner Studentenschaft das Bewußtsein, Vertreter von 11 000 Studenten zu sein. — Und schließlich die Idealisten: Sie glaubten, Studium und ASTA-Tätigkeit miteinander

verbinden zu können. Das Experiment ist nicht immer glücklich. Aber, was — so werden sie denken — geht das mich an? M. E. sehr viel: Hier nämlich entspringt die Gefahr für den studentischen Funktionär, der sich in einem solchen Maße der studentischen Selbstverwaltung verschrieben hat, daß er seine Existenz als Student völlig vergißt, der zwar alle Aufgaben gut und routiniert löst, aber nicht mehr daran denkt, daß er eigentlich doch im Kolleg unter seinen Kommilitonen sitzen müßte. Ja der gar nicht mehr dazu kommt, mit seinen Kommilitonen — seinen Wählern — in ein persönliches Gespräch zu kommen. Daraus resultiert auch die wohl unter den Kommilitonen herrschende Meinung, daß die ASTA-Vertreter „zumindest etwas eigenartige Leute“ sind.

Hiergegen hilft nur eines: Stärkere Anteilnahme der Studentenschaft an ihrer Vertretung, bessere Information der Kommilitonen über die ASTA-Arbeit in ihren Vorlesungen, in Fragestunden usw. Nur so kann auf die Dauer der ASTA Publizität unter den Studenten erreichen. — Ich glaube, man müßte Ihnen einmal erzählen, wieviel Verhandlungen, Laufereien nötig waren und noch sind, um die augenblickliche Regelung der Kohlenversorgung zu erreichen. Dies soll nicht gesagt sein, um Ihnen zu zeigen, wie schwer wir es haben. Nein, es soll Ihnen nur das Gefühl der Selbstverständlichkeit erschüttern, mit der Sie sich mittags in der Mensa zum Essen setzen und schimpfen, wenn es mal nicht so schmeckt, oder das Gefühl der Wurstigkeit, mit der sie die Ausfüllung der Kohlenscheinanträge vornehmen. Ich darf Ihnen versichern, daß wir Ihren Dank gar nicht erwarten, denn die versäumten Kollegstunden werden Sie uns bestimmt nicht lesen oder uns für die im ASTA zugebrachten Abende und Wochenende entschädigen können. Aber eines können Sie, ohne daß es Sie etwas kostet: Sich mehr um die ASTA-Tätigkeit kümmern.

Und jetzt ein Wort zur Arbeit innerhalb der Universität. Es ist uns gelungen, das damals verloren gegangene Vertrauen seitens des Rektorats und des Senates wiederzuerlangen. Das ist nicht zuletzt der großen Aufgeschlossenheit der betreffenden Herren Professoren und insbesondere dem scheidenden Rektor zu danken. Es ist meine große Hoffnung, daß die kommenden ASTA in diesem Sinne weiterarbeiten werden.

Und noch eines möchte ich zu Beginn dieses Semesters einmal offen hier aussprechen: Wer von Ihnen bereits seit

1947 oder 1948 unsere Uni besucht, wird heute wohl am ehesten die immer mehr hervortretende Verjüngung der Immatrikulierten feststellen können. War es damals etwas Anormales, wenn ein Abiturient von 19 oder 20 Jahren immatrikuliert wurde, so ist doch allmählich der begrüßenswerte Zeitpunkt gekommen, da man gerade umgekehrt empfinden wird. Kurzum, es handelt sich hier um das so viel und heftig diskutierte Generationenproblem. Keine Angst, mir liegt es fern, auch meinerseits nun noch einen entsprechenden Beitrag zu liefern. Doch fühle ich mich verpflichtet, auf die durch diesen Normalisierungsprozeß hervorgerufene Gefahr auch in Hinsicht auf den ASTA hinzuweisen.

Es ist meines Erachtens doch so, daß die der Kriegsgeneration folgenden Kommilitonen zwar einen guten Teil Idealismus — ja in der Regel noch mehr als ihre älteren Vorgänger — aufgrund ihrer Jugend für Aufgaben, wie sie die studentische Selbstverwaltung stellt, mitbringen; woher jedoch sollten sie die durch Erfahrung und Alter gewachsene Reife bekommen haben, mit der ihre Vorgänger in den ersten Nachkriegsjahren und unter ganz anderen Verhältnissen wie heute sich ans Werk machten? — Nicht als wollte ich unseren jungen Nachfolgern Sand in die Augen streuen, nein, ich will sie vielmehr darauf aufmerksam machen, daß es nicht ohne jede Gefahr ist, eine Last plötzlich auf die Schultern zu nehmen, die bis dahin von Kommilitonen getragen wurde, denen der Krieg neben all seinen Wunden aber auch eine Reife gegeben hat, die eine relativ normal aufgewachsene Jugend noch gar nicht haben kann.

Mir scheint nun, daß für die künftigen jungen ASTA-Mitglieder in dieser Beziehung der Kardinalfehler *Resignation*, — das Hauptmittel, die aufgezeigte Gefahr zu bannen, aber das *Erkennen* dieses Unterschiedes zwischen zwei verschiedenen Generationen ist. Nur wenn die Nachfolger sich der Grenzen ihres Vermögens in echter Verantwortung bewußt sind, werden sie mit Hilfe des ihnen nun einmal eigenen Idealismus ihren Aufgaben gerecht werden können.

Und nun zum Schluß: Lesen Sie diese Zeilen nicht gelangweilt und amüsieren Sie sich nicht über diese „Bekenntnisse einer schönen Seele“. Glauben Sie mir, daß es mir ernst um die künftige Entwicklung der ASTA ist, die ich jetzt bald nicht mehr beeinflussen kann als Sie.

H. E. Roesch

Neues aus der studentischen Selbstverwaltung

DER ALLGEMEINE STUDENTENAUSSCHUSS BONN

Vorstand: Der 1. Vorsitzende des ASTA, cand. phil. et jur. Hans-Eberhard Roesch, wurde auf der letzten Sitzung der ASTA-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen zum Vorsitzenden des Landesverbandes NRW im Verband Deutscher Studentenschaften gewählt.

Das Ergebnis der ASTA-Wahl:
(gewählte Kandidaten sind *kursiv* gedruckt):

Kath. theol. Fakultät:	Stimmenzahl
<i>Fusten</i>	117
<i>Liedtke</i>	207
Neumann	78

Ev. theol. Fakultät:

Durch Entscheidung des Ältestenrates Neuwahl erforderlich.

Rechts- u. Staatsw. Fakultät:

<i>Ellerkmann</i>	287
<i>Schnippenkötter</i>	264
<i>Vestring</i>	293
<i>Weltken</i>	225
Reinhard	214
Roland	211
Winkel	200
Lücker	120

Medizinische Fakultät:

<i>Salz</i>	219
<i>Deppe</i>	173
<i>Doetsch</i>	142
Albers	125
Lorenz	111

Math.-Nat. Fakultät:

<i>Gautzsch</i>	268
<i>Junge</i>	265

Philosophische Fakultät:

Podlech	302
Klimek	239
Hinz	211
Born	198
Pfalz	109

Landwirtschaftl. Fakultät:

Noack	177
Schiller	124
Heseler	109
Scheller	97

Wahlbeteiligung:

Kath. theol.	231	—	2	233	71,47
Ev. theol.	153	1	3	157	67,83
R. u. St. W.	577	24	23	624	36,34
Med.	356	1	5	362	31,48
Phil.	448	16	10	474	36,32
Math.-Nat.	331	19	9	359	27,96
Agr.	267	8	7	282	47,55
Gesamtbeteiligung:	2 491				37,70%

Bei 8 Wahlurnen ergab sich, daß sich mehr Stimmzettel in der Urne als Unterschriften auf den Wahllisten befanden. Es handelt sich um folgende Urnen:

Urne III (pil.)	1 mehr
„ V (med.)	6 „
„ VII u. XVI (Stud.Haus)	1 „
„ VIII (kathol. theol.)	1 „
„ XI (R.- u. St. W.)	3 „
„ XIV (agr.)	4 „
„ XVIII (math.-nat.)	1 „

Durch die mehr eingeworfenen Stimmzettel werden jedoch, wie aus dem Wahlergebnis hervorgeht, keine Änderungen in der Reihenfolge der gewählten Kandidaten hervorgerufen, so daß dieserhalb bestehende Bedenken fallen gelassen werden konnten.

Die Liste der Referenten und ihrer Sprechstunden wird sofort nach der 1. ASTA-Sitzung durch Aushang bekanntgegeben und in der nächsten Nummer des „Nachrichtenblatt“ veröffentlicht.

Angeichts des Ende August in Halle gegen Studenten der dortigen Universität durchgeführten Terrorprozesses faßte der ASTA folgende Entschließung, die dem Bundespräsidenten, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und des Deutschen Bundesrates, dem Bundeskanzler, den Bundesministern, den Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik, den Fraktionsvorsitzenden im Deutschen

Bundestag, den Staatssekretären der Bundesregierung, dem Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, dem Vorstand des VDS, den Allgemeinen Studentenausschüssen der Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik und Westberlins und dem Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS zugeleitet wurde:

ENTSCHLIESSUNG

Mit großer Bestürzung und tiefer Empörung hat der ASTA Bonn davon Kenntnis genommen, daß am 31. August 1951 Kommilitonen der Universität Halle in einem streng geheim gehaltenen Prozeß zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

Es handelt sich um elf Studenten, zwei Jungakademiker und einen Jugendlichen, die „tendenziöse Gerüchte“ erjunden und verbreitet, „Hetzmateriale von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ erhalten und verteilt, „Berichte zu gemeiner und gehässiger Diffamierung den Feinden der DDR“ gegeben haben sollen und zu 8 bis 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Der ASTA Bonn, als gewählte Vertretung aller Studenten der Universität Bonn, erblickt in dem Urteil eine rücksichtslose Niederkämpfung jeglicher freiheitlicher Bestrebungen und eine Terrormaßnahme gegen Andersdenkende.

Der ASTA Bonn gibt seiner Empörung darüber Ausdruck, daß die Hauptverhandlung gegen die Kommilitonen erst über 10 Monate nach deren Verhaftung erfolgte und daß während dieser Zeit jegliche Auskunft über Verhaf-

tungsgrund, Aufenthaltsort und Termin der Verhandlung den Angehörigen und Freunden der Kommilitonen verweigert wurde.

Der ASTA Bonn weist die ganze Öffentlichkeit auf dieses Terrorurteil hin. Er bittet sämtliche maßgeblichen Stellen, alles Erdenkliche zu tun, um den Kommilitonen zu Freiheit und Recht zu verhelfen, und diesen Tatbestand bei allen künftigen Beratungen über eine Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der Sowjetzone zu berücksichtigen.

Der ASTA Bonn gibt seiner Verbundenheit mit diesen neuen Opfern sowjetischer Diktatur und darüberhinaus mit allen freiheitlichen Studenten an den Universitäten und Hochschulen Mitteld Deutschlands Ausdruck und verspricht jede nur mögliche ideelle und materielle Hilfe.

Bonn, im Oktober 1951

Für den ASTA Bonn:

gez. Hans-Eberhard Roesch
1. Vorsitzender und Landes-
sprecher NRW

gez. Hans Weber
2. Vorsitzender
gez. Kurt Irsfeld
Geschäftsführer

Kassenprüfung.

Am 13. 10. 1951 fand gem. Artikel 44 II der Verfassung der Bonner Studentenschaft eine Kassenprüfung durch zwei vom Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät benannte Kommilitonen statt.

Aus dem Prüfungsbericht: Die systematische Prüfung begann mit der Aufnahme des Kassenbestandes, worüber ein Kassenprotokoll aufgenommen wurde und der Überprüfung der buchmäßigen Aufzeichnungen. Danach wurden die Buchungen in ihrer Reihenfolge mit den Belegen sowie die Additionen nachgeprüft und stichprobenweise die Überträge kontrolliert. Die Prüfung der Belege erfolgte sowohl formell als auch materiell und berücksichtigte besonders die einschlägigen Bestimmungen der Kas-

senordnung. Die Führung des Einnahme- und Ausgabebuches war bis auf Kleinigkeiten einwandfrei, ebenfalls war die Führung des Geschäftszimmerbuches ohne Beanstandung, lediglich in der Portokasse war durch falsche Buchung ein Fehlbetrag von 1,55 DM festzustellen und außerdem wurden zwei Additionsfehler von —,10 bzw. —,20 DM festgestellt.

Solidaritätsaktionen.

Die Bonner Studentenschaft führt in der Zeit vom 25. 10. bis 15. 11. 1951 eine Solidaritätssammlung für die Kommilitonen in der Sowjetzone durch. (Beachten Sie bitte S. 16/17 dieses Nachrichtenblattes). Der ASTA Bonn hat im Monat Oktober dem Amt für Gesamtdeutsche Studen-

tenfragen eine Anzahl medizinischer Lehrbücher zur Weiterleitung an freiheitliche Kommilitonen in der Sowjetzone übersandt. Desgleichen wurde dem Amt zur Betreuung „amnestierter“ Kommilitonen aus Gefängnissen und KZ's ein Betrag von 200,— DM zur Verfügung gestellt.

Freiheit als Aufgabe.

Am 12. 11. findet um 20 Uhr im Saale des Studentenhauses eine Veranstaltung des Amtes für Gesamtdeutsche Studentenfragen statt. Auf dieser Veranstaltung werden Prof. D. Dr. Köhler (FU Berlin) und Karl-Heinz Evers (Amt) über das Thema: „Freiheit als Aufgabe“ sprechen. Außerdem werden Ausschnitte aus sowjetzonalen Wochenschauen über die „Weltjugendfestspiele“ und Tonbandaufnahmen des ostberliner Rundfunks vorgeführt. Wir bitten alle Kommilitonen um zahlreiche Beteiligung.

KOHLenausweise!

Bevor wir im Folgenden versuchen werden, Ihnen im Einzelnen den nun einmal nicht zu umgehenden Instanzenweg aufzuzeigen, der Voraussetzung für eine warme „Bude“ im WS 51/52 ist, sei uns gestattet, Sie kurz über das bisher für die Kohlenversorgung der Studentenschaft von uns Getane zu informieren.

Nach nur anfänglichen Schwierigkeiten bei Verhandlungen mit der Bonner Stadtverwaltung konnten wir seit dem 26. 9. 1951 folgendes Ergebnis verzeichnen: Von diesem Zeitpunkt bis zum Redaktionsschluß war der ASTA in der Lage, nahezu 1 400 Studenten bereits während der Ferien einen Kohlenausweis zu vermitteln. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß wir eine Benachteiligung der Bonner Studentenschaft gegenüber der Bonner Bevölkerung — wie z. B. im WS 50/51 — von vornherein unmöglich machten, indem man dem Studenten den gleichen Status zuerkannte wie jedem Bonner Mieter. Wenn auch die offiziellen Kontingente — generell gesehen — keine absolute Größe darstellen, so kann doch mit großer Wahrscheinlichkeit eine Zuteilung von 6—8 Ztr. für das WS 51/52 als gesichert angenommen werden. — Eine sehr große Erleichterung in dem bisher üblichen „run“ nach Kohlenscheinen konnten wir den Kommilitonen insofern verschaffen, indem sie lediglich auf dem ASTA-Geschäftszimmer einen entsprechenden Antrag auszufüllen hatten, während der Kohlenausweis selbst ihnen in wenigen Tagen ins Haus flatterte. Vor allem wurde von den meisten sehr lebhaft der Umstand begrüßt, daß man sich seinen Kohlenhändler nach eigenem Gutdünken selbst auswählen kann.

Nun aber für alle *diejenigen*, die erst mit Rückmelde- oder Semesterbeginn nach Bonn kommen und noch nicht im Besitze eines Kohlenausweises sind, folgender *Hinweis*, an den genau sich zu halten, wir Sie in Ihrem eigenen Interesse bitten:

Ab 25. 10 — 10. 11. 1951 werden auf dem Universitäts-

Erste ASTA-Sitzung.

Die erste ASTA-Sitzung des WS 1951/52 findet am Mittwoch, dem 14. 11., um 14 Uhr im Duisbergzimmer statt. Im ersten Teil dieser Sitzung wird der alte ASTA einen umfassenden Tätigkeitsbericht abgeben und im Anschluß daran wird der ASTA die Mitglieder des Vorstandes, die Referenten und die Mitglieder des Ältestenrates wählen. Wir weisen alle Kommilitonen auf diese Sitzung besonders hin.

Landeskongferenz.

Am 3. 11. werden in Bonn die ASTA-Vorsitzenden der Universitäten und Hochschulen von Nordrhein-Westfalen zu einer Sitzung zusammentreten, auf der u. a. Fragen des Landesjugendplanes, der Heimkehrerhilfe beraten werden.

sekretariat Anträge für Kohlenausweise von einem Beauftragten des ASTA, der neben dem Tisch des Univ.-Wohnungsamtes Aufstellung nimmt, ausgegeben und nach der Ausfüllung wieder in Empfang genommen. Von diesem Termin an ist die Eintragung auf dem ASTA-Geschäftszimmer *nicht* mehr möglich.

Berechtigt zur Antragstellung sind alle diejenigen, die *nicht* in Bonn oder näherer Umgebung *beheimatet* sind. Für die in Beuel, Bad Godesberg, Mehlem und anderen nicht zur Stadtverwaltung Bonn gehörigen Gemeinden Wohnenden sind die örtlichen Wirtschaftsämter zuständig.

Alle Kommilitonen, die bereits seit dem 26. 9. 1951 ihren Kohlenausweis bekommen haben, sind selbstverständlich *nicht* mehr berechtigt.

Unerläßliche Bedingung für eine Antragstellung ist das Vorzeigen des Studentenausweises bzw. des Zulassungsbescheides; beide erhalten zur Kontrolle einen Vermerk.

Den Studenten wird der Kohlenausweis dann umgehend von der Stadtverwaltung per Boten zugeschickt. Wir möchten aber in diesem Zusammenhang schon jetzt um Ihr Verständnis bitten und an Ihre Geduld appellieren, da zwischen Antragstellung und Zustellung des Kohlenausweises mit einer Zeitspanne von 8—10 Tagen gerechnet werden muß; denn dem plötzlich einsetzenden Überdruck von Antragstellern — wir rechnen mit annähernd 4 000 Studenten — ist die Stadt bei allem bisher gezeigten guten Willen doch nicht so gewachsen, wie das in den Ferien der Fall sein konnte. Bitte deshalb keine allzu schnellen Reklamationen!

Nach Empfang des Kohlenausweises steht es Ihnen frei, zu welchem Kohlenhändler Sie gehen.

Sollten irgendwelche Schwierigkeiten grundsätzlicher Art bei den Kohlenhändlern auftreten, so bitten wir Sie, diese umgehend auf dem ASTA-Geschäftszimmer zu melden.

Abschließend möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß nach dem 10. 11. 1951 die Vermittlung eines Kohlenausweises durch den ASTA *nicht* mehr möglich ist.

Auslandsreferat:

Ein Auslandsreferent des ASTA befindet sich z. Zt. auf Einladung des Internationella Utskott Upsala in Schweden, um Besprechungen über eine Studienreise Bonner Studenten im Frühjahr 1952 nach Schweden zu führen.

Der British Council stellt auch für das Universitätsjahr 1951/52 wieder Fellowships und Scholarships für deutsche Hochschullehrer und fortgeschrittene Studenten zum Studium an englischen Universitäten zur Verfügung. Die scholars werden ihren Studien und Forschungen nachgehen können, müssen aber im Besitze des Doktor- oder Staats-

examens und im fortgeschrittenen Studium bzw. mit Forschungen an einer Universität beschäftigt sein. Nur in besonderen Fällen wird ein Studium an Kandidaten gewährt, die diese Bedingungen nicht erfüllen. Die scholars erhalten neben freiem Unterrichtsgeld einen monatlichen Unterhaltszuschuß von £ 29, freie Reise nach Großbritannien, Lehrmittelszuschuß u. a.

Bewerbungen für ein Fellowship oder Scholarship sollen bis zum 1. 12. 51 an den British Council, Düsseldorf eingereicht werden. Anmeldeformulare sind auf dem Rektorat erhältlich. Einzelheiten auf dem ASTA.

Sozialreferat:

Anträge auf Soforthilfe sind spätestens bis zum 10. 11. beim Studentenwerk, Nassestr. 11 abzugeben. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Es wird auf die Aushänge hingewiesen. Sprechstunde in Soforthilfeangelegenheiten dienstags und freitags auf dem ASTA.

Pressereferat:

Das Pressereferat hat auch in diesem Semester einen „Willkommensgruß“ für die Erstimmatrikulierten herausgegeben. Für interessierte Kommilitonen steht eine beschränkte Anzahl auf dem ASTA zur Verfügung.

Die Broschüre: „Friedrich Naumann und der deutsche Sozialismus“ von Hans Voelter wurde uns liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt. Einzelne Exemplare sind für interessierte Kommilitonen noch auf dem ASTA zu haben.

Wir weisen auf die verbilligte Bezugsmöglichkeit des „Parlament“ besonders hin.

Ausgabe der Bundeshauskarten weiterhin dienstags von 10 bis 13 Uhr.

Kulturreferat:

Für das kommende Semester haben wir ein umfangreiches Kulturprogramm vorbereitet, das wir Ihnen hierdurch vorlegen möchten.

Es erscheint notwendig, daß sich gerade Studenten von Zeit zu Zeit einmal aus den eingetretenen Pfaden des Fachstudium heraus in die Welt des Theaters und der Musik führen lassen. Denn gerade Theater und Musik vermitteln dem noch Aufgeschlossenen immer wieder neue Erlebnisse und Erkenntnisse und tragen so unmittelbar zur Formung des eigenen Seins bei.

Und so beginnt das Kulturprogramm am

Sonntag, dem 18. 11. um 11 Uhr im Theater der Stadt
mit einer

Morgenfeier

Intendant Dr. Pempelfort spricht über „Die Idee des Welttheater“. Darauf: Stefan Zweig „Der verwandelte Komödiant“. Anschließend Diskussion.

Eintritt: 0,55 zuzgl. 0,05 Solidaritätspfennigen = 0,60 DM

Donnerstag, 29. 11. um 20 Uhr im Studentenhhaus

Symphoniekonzert

L. v. Beethoven: 3. Klavierkonzert c-moll,

P. Tschaikowsky: 5. Symphonie.

Es spielt: Das Städtische Orchester unter GMD Volkmann,
Solist: Josef Matthias Blohme, Düsseldorf.

Dienstag, 4. 12. um 19.30 Uhr im Theater der Stadt:

„Die heilige Johanna“

von G. B. Shaw

Mittwoch, 12. 12. um 20 Uhr im Studentenhhaus:

Sonaten-Abend

Detlef Kraus, Hamburg spielt Sonaten von Brahms, Beethoven, Schumann.

Für den Monat Januar ist eine Theateraufführung vorgesehen:

Gelderode: „Ausgeburten der Hölle“.

Genauer Termin liegt noch nicht fest.

Im Februar wird ein

Beethoven-Zyklus stattfinden

anlässlich des 125. Todestages Ludwig van Beethovens.

Dienstag, den 5. 2. :

Vortrag über Beethovens Lebenswerk.

Donnerstag, den 7. 2. um 20 Uhr im Studentenhhaus:

Das Holstein-Trio, Köln, spielt
die drei Klaviertrios von Beethoven.

Mittwoch, den 13. 2. um 20 Uhr im Studentenhhaus:

George Solchany, Paris,
spielt Beethoven-Sonaten.

Freitag, 15. 2. Ort und Zeit noch nicht genau fest:

Symphoniekonzert:

Coriolan-Ouvertüre, Violin-Konzert, V. Symphonie.

Ausführende: Das städt. Orchester, wahrscheinlich unter einem Gastdirigenten, Solist: Erich Röhn, Hamburg.

Nun noch einige technische Bemerkungen:

Leider waren wir noch nicht in der Lage, Ihnen die Eintrittspreise für alle Veranstaltungen mitzuteilen, da wir uns noch — mit einiger Aussicht — um Subventionen bemühen. Jedenfalls werden die Eintrittspreise für jeden Kommilitonen erschwinglich sein.

Da für einzelne Veranstaltungen Uhrzeit und Ort noch nicht genau festliegen, bitten wir, die Anschläge beachten zu wollen.

Für den Beethoven-Zyklus wird ein besonders günstiges Abonnement ausgegeben werden. Wir bitten um Beachtung der Anschläge.

Außerhalb des offiziellen Kulturprogramms haben wir für Sie vorgegesehen:

Das bekannte Studentenkabarett

„Die Amnestierten“

mit ihrem erfolgreichen Programm:

„Bindet den Schelm fester!“

Eintrittspreis: 1,05 zuzgl. 0,05 Solidaritätspf. = 1,10 DM

Da die Amnestierten Ihnen allen so gut bekannt sein werden, verzichten wir an dieser Stelle auf weitere Bemerkungen.

Außerdem hat uns

Werner Fink, der Begründer der „Radikalen Mitte“ geschrieben, daß er im Januar o. Februar gern zur Bonner Studentenschaft kommen wird.

Damit haben wir Ihnen eine Vorschau auf das gegeben, was wir für Sie im kommenden Semester vorbereitet haben. Bitte, richten Sie sich bereits jetzt schon terminlich darauf ein. Trotz allem aber möchten wir Ihre Aufmerksamkeit unseren „Schwarzen Brettern“ empfehlen.

Vom 25. Oktober bis 15. November 1951:
Solidaritätssammlung der Bonner Studentenschaft
für die freiheitlichen Studenten in der Sowjetzone!

Helft die Unfreiheit überwinden!

„Reform des Rechtsstudium“

Von Prof. Dr. G. Husserl

(Inhaltliche Zusammenfassung des am 23. 9. 1951 in Königstein im Taunus gehaltenen Referates anlässlich der 5. Fachschaftentagung der Deutschen Juristischen Fachschaften.)

„Wenn man das letzte Jahrhundert überblickt, so muß man feststellen, daß das Rechtsstudium in seiner Grundstruktur nur geringe Veränderungen bzw. Verbesserungen erfahren hat. Eines steht eindeutig fest: Die Zahl der Vorlesungen ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer umfangreicher geworden. Immer mehr zusätzliche Fächer, wie z. B. Steuerrecht und Gewerberecht, sind in den Lehrplan eingefügt worden. Zugleich hat sich die Studentenzahl der einzelnen Grundvorlesungen, wie Strafrecht, Bürgerliches Recht, Prozeßrecht, erheblich vermehrt. Der jetzige Stand ist der, daß ein Student oft 30 Wochenstunden oder sogar mehr belegt. Eine wirkliche Mitarbeit des Studenten an so zahlreichen Vorlesungen ist ausgeschlossen. Ein zweites beklagenswertes Merkmal des deutschen Rechtsstudiums ist, daß allenthalben der persönliche Kontakt zwischen Professoren und Studenten recht gering ist. In diesem Zusammenhang wies Prof. Husserl darauf hin, daß in den amerikanischen Law Schools der Professor sein Arbeitszimmer (office) in dem Gebäude habe, wo auch die Vorlesungen gehalten werden, so daß er den Studenten jederzeit zugänglich ist, und jedem Studenten Gelegenheit gegeben wird, mit seinem jeweiligen Lehrer den in den Vorlesungen behandelten Stoff in persönlicher Aussprache zu diskutieren. Des weiteren wirkt sich der Mangel an Lehrmaterial für das Rechtsstudium in der Bundesrepublik sehr nachteilig aus. Wenige Studenten sind heutzutage in der Lage, sich juristische Bücher anzuschaffen. Die in den juristischen Seminaren vorhandenen Exemplare an Lehrbüchern, Kommentaren und Entscheidungen stehen in einem krassen Mißverhältnis zu der Zahl der Studenten.

Prof. Husserl wandte sich ferner gegen die Scheidung von Vorlesungen und Übungen, was eine weitere erhebliche Vermehrung der Stundenzahl mit sich bringe. Wenn die Vorlesungen auch heute regelmäßiger besucht werden als das vor einer Generation der Fall war, so ist es doch immer noch so, daß nur ganz wenige Studenten ihr fachliches Können durch Besuch der Vorlesungen und Übungen erwerben. Weder bereitet sich der Student auf die einzelnen Vorlesungsthemen vor, noch arbeitet er das ihm Vorgetragene nach der Vorlesung durch, und das Rechtsverständnis und Wissen, über das sich der Rechtsstudent im Examen ausweisen soll, erwirbt die große Mehrzahl der Studierenden durch den Repetitor, also außerhalb der Universität. Das Resultat ist eine überwiegend technische, weitgehend gedächtnismäßige, nicht wissenschaftliche Ausbildung des Juristen.

Das alles zeigt, daß das deutsche Rechtsstudium seinen eigentlichen Zweck heutzutage sehr ungenügend erfüllt. Der Zweck des Rechtsstudiums, so führte Prof. Husserl weiter aus, ist doch wohl der, gute praktische Juristen heranzubilden. Darüber ist man sich in den USA völlig einig, und darauf ist das amerikanische Rechtsstudium zugeschnitten. Nur etwa 3% aller Rechtsstudierenden tendieren zum akademischen Beruf, während sich die weitaus überwiegende Zahl auf einen praktischen Beruf, sei es als Richter, Staatsanwalt oder Verwaltungsjurist, vorbereiten will. Dieser elementaren Tatsache muß der Rechtsunterricht Rechnung tragen. Das Kriterium sollte sein: Ist der Universitätsunterricht so beschaffen, daß der künftige Praktiker die notwendigen rechtswissenschaftlichen Grundlagen erwirbt? Es ist richtig, daß der Student in den praktischen Übungen zu einer gewissen Mitarbeit gezwungen ist. Aber die Zahl der behandelten Fälle ist verhältnismäßig gering, und eine wirkliche Kontrolle des juristi-

schen Könnens der Hörer ist bei der großen Anzahl ausgeschlossen. Es ist in der Regel nur ein kleiner Prozentsatz der Teilnehmer, der sich an der Diskussion in den Übungen beteiligt. Da nun aber der deutsche Rechtsunterricht das nicht leistet, so hat sich die Notwendigkeit ergeben, einen mehrjährigen Vorbereitungsdienst in der Praxis, wie er in Amerika unbekannt ist. Ein Vorbereitungsdienst von 3½ Jahren wäre kaum erforderlich, wenn der Universitätsunterricht weniger theoretisch wäre und von den oben erwähnten Mängeln befreit würde. Prof. Husserl sprach den Glauben aus, daß eine grundlegende Reform des Rechtsstudiums, wie sie ihm vorschwebt, zwangsläufig dazu führen würde, daß eine wesentliche Verkürzung des Vorbereitungsdienstes, auf etwa zwei Jahre, eintreten würde.

Er betonte andererseits, daß das deutsche juristische Studium in manchen Beziehungen dem Rechtsunterricht in Amerika überlegen sei, daß sein systematischer Charakter und die Forscherqualität der Professoren ein vertieftes Studium ermögliche, wie es in amerikanischen Universitäten selten zu finden sei.

Die aufgezeigten Mängel seien größtenteils verursacht durch den in Deutschland noch immer stark verbreiteten „Vollständigkeitsfimmel“. Der Rechtslehrer müsse sich ein für allemal von der Vorstellung freimachen, daß die Vorlesung die Aufgabe eines umfassenden Lehrbuches zu erfüllen habe. Die Vermittlung von Wissen kann nie allein, oder auch nur überwiegend, durch Vorlesungen (und Übungen) erfolgen. Dazu bedarf es des Studiums von juristischen Büchern. Das kann der Professor den Studenten nicht abnehmen. Was für den Rechtslehrer zu tun bleibt, ist eine Anleitung des Studenten, wie er sich das Wissen erwerben soll, eine Vertiefung und Aktivierung dieses Wissens: eine Erziehung zum juristischen Denken.

Anschließend machte Professor Husserl eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen. Diese Vorschläge, so betonte er, seien aber nur als Vorschläge eines Mannes aufzufassen, der Gelegenheit gehabt habe, die Rechtssysteme zweier Länder und den Rechtsunterricht in diesen beiden Ländern, Deutschland und den Vereinigten Staaten, in vieljähriger unmittelbarer Erfahrung kennenzulernen. Er erwähnte, daß er in Deutschland als Richter und dann als ordentlicher Professor der Rechte tätig gewesen sei, und daß er später viele Jahre an amerikanischen Universitäten als Professor der Rechte amerikanisches Recht unterrichtet habe.

1. Wenn es richtig sei, daß die primäre Aufgabe der Rechtsfakultäten Erziehung zum juristischen Denken ist, dann wird man nicht länger darauf verzichten können, die Studierenden von Anfang an zur Mitarbeit heranzuziehen. Es sei dabei ungemein wichtig, daß der Student an der Vorlesung von Stunde zu Stunde mitarbeitete, so daß er auf Grund häuslicher Vorbereitung in der Lage ist, an der vom Professor geleiteten Diskussion teilzunehmen, Fragen zu stellen und den Ausführungen des Professors verständnisvoll zu folgen. Professor Husserl betonte, daß er keineswegs für eine Einführung der amerikanischen „Case methode“ einträte. So wichtig die Erörterung von Rechtsfällen sei, so dürfte doch nie vergessen werden, daß in Deutschland ein kodifiziertes Rechtssystem bestehe, daß eine systematische Behandlung erfordert.

Das heiße nicht, daß große theoretische Vorlesungen das Richtige seien. Es handelt sich darum, eine gesunde Synthese von Vorlesung und Übung herzustellen.

2. In diesem Zusammenhange erwähnte Professor Husserl, daß das juristische Studium auf gewissen Grundvoraussetzungen der allgemeinen Bildung aufgebaut sein müsse. In dieser Hinsicht falle den höheren Schulen eine wichtige Aufgabe zu, die bisher völlig vernachlässigt worden sei. Der Jurist müsse mit den Grundtatsachen des öffentlichen Lebens vertraut sein. Er müsse schon von der Schule her gute Kenntnisse auf dem Gebiete der modernen Geschichte, betreffend die Wirtschaftsstruktur Deutschlands und die ökonomischen und internationalen Probleme der Gegenwart mitbringen. Wo es an diesen Kenntnissen, und ebenso am Verständnis für Grundfragen der Soziologie und Sozialpsychologie fehlt, wird die Rechtswissenschaft zu einem technischen Fach in einem luftleeren Raum. Es wäre zu erwägen, ob nicht dem eigentlichen juristischen (Fach-)Studium ein Studium generale vorausgehen sollte, das in erster Linie Vorlesungen über politische Wissenschaft, Soziologie, Grundfragen der Volkswirtschaft enthalten sollte.

3. Es ist für den Juristen nicht notwendig, daß er in allen Details auch nur eines Rechtsgebietes, geschweige denn vieler Rechtsgebiete, versiert sei. Worauf es entscheidend ankommt, ist, daß er eine gerechte und richtige Anwendung des Rechts auf praktische Fälle lernt.

Die erste und wichtigste Forderung jeder Studienreform ist eine radikale Konzentrierung des Rechtsstoffes durch Beschränkung des Unterrichts auf Rechtsgebiete und Fragen von grundsätzlicher Wichtigkeit.

In den USA sind die in Deutschland fast überall üblichen Mammutzahlen von Wochenstunden unbekannt. Der amerikanische Rechtsstudent besucht im allgemeinen etwa 15 Vorlesungsstunden pro Woche. Jede Abweichung von dem Lehrplan bedarf der Genehmigung des Dekans. Während der deutsche Rechtsstudent durch Vorlesungen und später auch Übungen zeitlich so in Anspruch genommen ist, daß ihm für eigene Arbeit kaum Zeit bleibt, spielt im amerikanischen Rechtsunterricht die eigene Arbeit des Studenten für die einzelnen Vorlesungen eine ganz entscheidende Rolle. Der amerikanische Rechtsstudent „hört“ nicht die Vorlesungen, er ist vielmehr an der Vorlesung aktiv beteiligt. Jeder Student hat ein Buch in den Händen, das die Grundlage für die Vorlesung bildet, in dem gerichtliche Entscheidungen aus dem betreffenden Rechtsgebiet enthalten sind; es enthält den zu erörternden Stoff. In der Regel ist es ein case book, in dem gerichtliche Entscheidungen aus dem betreffenden Rechtsgebiet stehen, ergänzt durch Anmerkungen, Literaturnachweise, usw. Derartige case books sind meist gedruckte Werke, aber gelegentlich dann bloß mimeographiert. Der Professor teilt den Studenten mit, was er in der nächsten Stunde oder in der kommenden Woche in der Vorlesung erörtern wird, und es wird von jedem Studenten erwartet, daß er die betreffenden Partien des Buches vorher sorgfältig studiert hat, so daß er in der Lage ist, (wenn dazu vom Professor aufgerufen oder sich selber meldend), eine gerichtliche Entscheidung vorzutragen, Fragen zu stellen oder Fragen des Dozenten zu beantworten. Bei einer derartigen Unterrichtsmethode bietet sich jedem Studenten die Gelegenheit, seinen gegenwärtigen Wissensstand selbst zu überprüfen. Es kommt hinzu, daß in Amerika am Ende jeder Vorlesung ein schriftliches Examen steht. Ein Student, der den Examensanforderungen nicht genügt, muß die Vorlesung wiederholen oder er muß überhaupt ausscheiden.

Professor Husserl sprach sich nicht für eine Übertragung der amerikanischen Unterrichtsmethode in ihrem vollen Umfang auf den deutschen Rechtsunterricht aus. Es ist ihm besonders zweifelhaft, ob es zweckmäßig wäre, so viele einzelne Prüfungen in Deutschland einzuführen. Er

glaubt aber auch nicht, daß das notwendig wäre, um eine Mitarbeit des Studenten an den einzelnen Vorlesungen zu garantieren. Professor Husserl betonte die psychologische Wichtigkeit des Moments des Anreizes und der Chance aktiver Mitarbeit des Studenten am Rechtsstudium. Damit würde das vorherrschende Gefühl des Studenten, daß Hören theoretischer Vorlesung in hohem Maße eine Zeitverschwendung bedeute, und daß der Studierende, um ein wirkliches Rechtswissen zu erwerben, nachher doch zum Repetitor gehen müsse, schwinden.

Der deutsche Student ist wohl im allgemeinen reifer als der amerikanische Student. Nachdem er mit Abgang von der höheren Schule das Zeugnis der Reife erlangt hat, sollte er als mündig angesehen werden in dem Maße, daß er fähig ist, als Partner des Dozenten an der Gestaltung der Vorlesungen seinerseits mitzuwirken. Indem das im Unterricht geschieht, wird das lehrbuchartige Wissen durch vertiefte Erörterung des Dozenten vor und mit den Studenten plastische Form und Lebendigkeit erlangen. Es ist utopisch zu glauben, daß man Fachwissen rein akkustisch erwerben könne. Man muß sich den Wissensstoff visuell in persönlicher Arbeit aneignen, wobei jeder Lernende seinem Denktempo Rechnung tragen kann. Dieses erlernte Wissen muß dann freilich durch den Professor aktiviert werden.

Man sollte sich von der skizzierten Reform in Deutschland nicht durch das Argument abschrecken lassen, daß der Unterricht damit seinen wissenschaftlichen Charakter verliere, und das Rechtsstudium einen zu schulmäßigen Charakter annehme. Freilich würde eine solche Reform eine gewisse Einschränkung der akademischen Freiheit mit sich bringen. Aber wie die Verhältnisse heute liegen, ist die akademische Freiheit kaum mehr als eine Theorie. Wie bereits früher erwähnt, ist es nicht Aufgabe des Rechtsstudiums, Rechtsgelehrte heranzubilden. Diejenigen Rechtsstudierenden, welche eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen wollen, sollten nach Beendigung ihres Studiums eine spezielle Ausbildung erfahren in ähnlicher Weise, wie das in den graduate schools in den USA geschieht.

4. Was das erforderliche Lehrmaterial anbetrifft, so wird es zur Änderung der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage des Aufwandes nicht unerheblicher Geldmittel bedürfen. Auf manchen Gebieten fehlt es an geeigneten Lehrbüchern. Professor Husserl glaubt, daß die Möglichkeit besteht, daß von amerikanischer Seite hier eine gewisse finanzielle Unterstützung geleistet werden könnte, wenn die Fakultäten oder einzelne Dozenten Wünsche in dieser Hinsicht aussprechen würden. Es handelt sich einmal um die Anschaffung von gedrucktem Lehrmaterial in solcher Anzahl, daß jeder Student ein Exemplar in die Hände bekommt, sei es leihweise oder sei es käuflich zu einem stark reduzierten Preise. Es handelt sich ferner um die Bereitstellung von Mitteln, die es ermöglichen würden, daß ein Professor für die Zwecke einer bestimmten Vorlesung das Lehrmaterial selber herstellt.

Zum Schlusse betonte Professor Husserl nochmals, daß es der amerikanischen Regierung fernliege, sich irgendwie in Fragen des deutschen Rechtsunterrichtes einzumischen. Die vorstehenden Ausführungen stellen lediglich Gedanken und Anregungen eines Fachmannes dar, der auf Grund langjähriger Erfahrungen in beiden Ländern glaubt, zu der Diskussion einer Studienreform einen kleinen Beitrag geben zu können.

DEN VORSTEHENDEN BEITRAG VON PROF. HUSSERL EMPFEHLEN WIR BESONDERER AUFMERKSAMKEIT UND BITTEN UM DISKUSSION.

D. Red.

AUS DER ARBEIT DER FACHSCHAFTEN

Für Lehramtskandidaten

Erlaß des Kultusministers von NRW:

Den Erlaß des früheren Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 8. 3. 1940 — W J 430 — E VII (a) — mit den einschränkenden Bestimmungen, daß für die Zulassung zur wissenschaftlichen Prüfung für das höhere Lehramt wie auch bei der Zulassung zur Promotion an den Philosophischen Fakultäten in der Regel das Belegen und der Besuch von 15 Wochenstunden in den Studienfächern der Philosophischen Fakultät erforderlich ist, hebe ich hiermit auf. Es genügt, daß die Prüflinge den Nachweis eines ordnungsmäßigen Studiums vorlegen können.

Der Kultusminister des Landes NRW.

Auszüge aus der Denkschrift, die dem Kultusministerium überreicht wurde.

Das Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen hat geglaubt, die Heranbildung allseitig und fachlich gebildeter und gereifter Erzieher auf dem Wege der jetzt gültigen Prüfungsordnung von August 1948 erreichen zu können, zu der zum großen Befremden der Studentenschaft und der Professoren noch keine Ausführungsbestimmungen erlassen wurden. Diese Prüfungsordnung sieht die Ablegung des Staatsexamens in zwei Hauptfächern vor, die in ihrem stofflichen Umfang nicht in ein erstes und zweites Hauptfach abgestuft sind und deshalb ein Studium in voller Breite und wissenschaftlicher Tiefe für beide Fächer verlangen. Gleichzeitig wird erwartet, daß sich der Kandidat, den angeblichen Erfordernissen der Schulpraxis entsprechend, einer Ergänzungsprüfung in einem dritten Hauptfach nach abgelegtem Staatsexamen unterzieht, um so eine größere Verwendungsfähigkeit im Schuldienst zu gewährleisten.

Die Praxis hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, im Rahmen der zubemessenen Studienzeit mehr als ein Fach mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu studieren. Die Ausdehnung dieser wissenschaftlichen Gründlichkeit auf mehr als ein „Haupt“-Fach hat einen verwerflichen Dilettantismus und eine unerfreuliche „Stoffpaukere“ gezeitigt. Eine über den engen fachlichen Rahmen hinausgehende allseitige Bildung ist damit völlig in Frage gestellt worden. Diese beklagenswerte Folgeerscheinung ist nicht nur von der Studentenschaft, sondern in weitaus stärkerem Maße vom Lehrkörper der Universität, vom wissenschaftlichen Prüfungsamt und von Vertretern der Schule erkannt und ihre Abhilfe gefordert worden. Diese Abhilfe ist bereits im Jahre 1948 in einer Versammlung der Studenten der Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Bonn (damaliger Dekan Prof. Dr. Langlotz) gefordert worden. Entsprechende Resolutionen sind dem wissenschaftlichen Prüfungsamt und der Frau Kultusminister von Nordrhein-Westfalen zugeleitet worden. Darauf ist bis heute weder eine Antwort noch eine Abhilfe gefolgt. Im Gegenteil: Das Kultusministerium bereitet den Erlaß einer neuen Prüfungsordnung vor, die eine Ablegung des Staatsexamens in drei Hauptfächern fordert.

Unsere Vorschläge sind demgegenüber:

1. Ausarbeitung einer neuen Prüfungsordnung mit konkreten Anforderungsbestimmungen für die einzelnen Fächer unter Hinzuziehung von Vertretern des Lehrkörpers der Universität, des wissenschaftlichen Prüfungsamtes, von Schulmännern und den gewählten Vertretern des Fachkreises Philologie.

FÜR IHREN TERMINKALENDER

Sonntag, 11. 11. Semestereröffnungsgottesdienste!
Seitens der Ev. Theol. Fakultät um 9.30 Uhr in Hörsaal X (Predigt: Prof. Schlingensiepen),
Seitens der kath. Theol. Fakultät um 10.00 Uhr in der St.-Elisabeth-Kirche, Schumannstr.

Montag, 12. 11. Veranstaltung im Rahmen der Solidaritätssammlung. Es sprechen:
Prof. D. Dr. Köhler (FU Berlin)
„Freiheit als Aufgabe“
Karl-Heinz Evers (Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen)

„Situation an den Universitäten der Sowjetzone“

Im Anschluß daran:

Ausschnitte aus sowjetzonalen Wochenschauen und Bandaufnahmen des Ostberliner Rundfunks.

Mittwoch, 14. 11. Immatrikulationsfeier für die Erstimmatrikulierten der Ev. Theol., Rechts- u. Staatswissenschaftlichen, Philosophischen u. Medizinischen Fakultät
um 11 Uhr in Hörsaal X

Mittwoch, 14. 11. Um 14 Uhr im Studentenhaus, Duisbergzimmer:

1. ASTA-Sitzung im WS 1951/52

mit umfassenden Tätigkeitsberichten u. Vorstands- und Referentenwahlen.

Freitag, 16. 11. Die Amnestierten sind in Bonn!!
„Bindet den Schelm fester!“
20 Uhr im Studentenhaus. Eintritt 1,10 DM.

Sonntag, 18. 11. Morgenfeier des Theater der Stadt Bonn:

Intendant Dr. Pempelfort:

„Die Idee des Welttheaters“

Stefan Zweig:

„Der verwandelte Komödiant“.

Anschließend Diskussion.

Beginn: 11 Uhr. Theater der Stadt. Eintritt: 0,60 DM

Donnerstag, 29. 11. Symphoniekonzert:

L. v. Beethoven:

3. Klavierkonzert c-moll,

P. Tschaikowsky:

V. Symphonie.

Es spielt das Städt. Orchester unter GMD Volkmann.

Solist: Josef Matthias Blohme, Düsseldorf.

Beginn: 20 Uhr. Studentenhaus.

Dienstag, 4. 12. Theateraufführung:

„Die heilige Johanna“ von G. B. Shaw.

Beginn 19.30 Uhr. Theater der Stadt

Ende November / Anfang Dezember:

Georgy Klimow, ehemalig. Major der Roten Armee und Oberingenieur im Hauptstab der Sowjet. Militäradministration f. Deutschland spricht zur Bonner Studentenschaft und diskutiert.

Und vom 25. 10 bis 15. 11.:

SOLIDARITÄTSSAMMLUNG DER BONNER STUDENTENSCHAFT FÜR DIE FREIHEITLICHEN STUDENTEN DER SOWJETZONE!

2. Erlaß von Ausführungsbestimmungen über die Schulpraktika.

3. Grundlagen für die neuzuschaffende Prüfungsordnung:

- a) Die philosophisch-pädagogische Vorprüfung wird in ihrer jetzigen Form beibehalten.
- b) Die wissenschaftliche Hauptprüfung wird in zwei Fächern abgelegt, die sich in ein erstes und zweites Hauptfach gliedern. Der Ausdruck „Hauptfach“ soll besagen, daß die Unterrichtsbefähigung für die Oberstufe erlangt wird. Im ersten Hauptfach ist ein gründliches wissenschaftliches Studium in voller Breite und Tiefe des Faches vorausgesetzt. Das zweite Hauptfach ist gegenüber dem ersten in seinem stofflichen Umfang begrenzt. Diese Begrenzung muß in den Anforderungsbestimmungen zur Prüfungsordnung klar zum Ausdruck kommen.
- c) Wählt ein Kandidat freiwillig ein drittes Hauptfach, so soll dieses dritte Hauptfach gegenüber dem zweiten eine weitere stoffliche Begrenzung erfahren.
- d) Befindet sich unter den vom Prüfling gewählten zwei Hauptfächern kein sogenanntes „Unterrichtshauptfach“ (Korrekturfach), d. h. ist die volle Verwendungsfähigkeit des Prüflings im Schuldienst nicht gewährleistet, so muß der Prüfling die Lehrbefähigung in einem dritten Hauptfach erwerben.

Vorteile dieser Prüfungsordnung:

1. Volle Verwendungsfähigkeit d. Prüflings im Schuldienst.
2. Die Forderungen nach einem gründlichen Studium und nach Aneignung der notwendigen Stoffgebiete sind berücksichtigt.
3. Der Student hat die Möglichkeit, sich über den engen fachlichen Rahmen hinaus zu bilden.
4. Der Student ist nicht mehr gezwungen, zu oberflächlichen „Paukmethoden“ Zuflucht zu nehmen.
5. Der Lehramtskandidat wird nicht zu einem bloßen Wissensvermittler herangebildet, vielmehr ist seiner Entfaltung zur echten Erzieherpersönlichkeit freier Raum gegeben.

Für den Juristen

Bericht über die 5. Tagung der Deutschen Juristischen Fachschaften

Am 22. und 23. September 1951 fand in Königstein im Taunus die 5. Deutsche Juristische Fachschaftentagung statt. Die Fachschaft der Universität Bonn wurde von Herrn Irsfeld vertreten. Weiterhin hatten Vertreter entsandt: FU Berlin, Erlangen, Frankfurt, Hamburg, Heidelberg, Köln, München, Münster und Würzburg. Gleichzeitig und am gleichen Ort hielt der Königsteiner Kreis, die Vereinigung der Juristen und Beamten aus der Sowjetischen Besatzungszone, seine Mitgliederversammlung und ebenfalls 5. Tagung ab. Er hatte die Fachgruppe Rechtswissenschaft für den 22. und 23. September zur Teilnahme eingeladen, um den Kontakt zwischen dieser Vereinigung und den Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultät mehr als bisher intensivieren zu können. Vor allem muß an dieser Stelle die äußerst herzliche Gastfreundlichkeit seitens des „Königsteiner Kreises“ hervorgehoben werden. Bezeichnend für die aus dem unmittelbaren Einblick in die Arbeit des „Königsteiner Kreises“ gewonnene Erkenntnis ist der Beschluß der Fachschaftsleiter, die Arbeit dieser Vereinigung innerhalb der Studentenschaft zu fördern.

Die sehr umfangreiche Tagesordnung der eigentlichen Fachschaftstagung läßt nun verständlicherweise im Folgen-

BEKANNTMACHUNGEN

1. Die feierliche Immatrikulation für Erst- und Neuimmatrikulierte im Wintersemester 1951/1952 findet statt:

Mittwoch, 14. 11. 1951, um 12 Uhr in Hörsaal X des Hauptgebäudes

für die Studierenden der Ev. Theologischen, Rechts- u. Staatswissenschaftlichen, Philosophischen u. Medizinischen Fakultät, und am

Samstag, 17. 11. 1951, um 11 Uhr in Hörsaal X des Hauptgebäudes

für die Studierenden der Kath. Theologischen, Mathem.-Naturwissenschaftlichen und Landwirtschaftlichen Fakultät.

Es wird gebeten, das Studienbuch zur Abstempelung mitzubringen.

2. **Fahrradunterstellung.** Da die Fahrraddiebstähle sich in letzter Zeit erschreckend vermehrt haben, habe ich mich im Interesse der Studierenden veranlaßt gesehen, anstelle der bisherigen Fahrradwache eine neue größere Fahrradwache und zwar im Fahrradkeller unter dem Universitäts-Sekretariat (Franziskanerplatz) einzurichten. Für die in dieser Fahrradwache abgestellten Fahrräder übernimmt die Bonner Fahrrad- und Autowache die Versicherung gegen Diebstahl und Vertausch. Die Benutzungsgebühr beträgt im Abonnement monatlich 1,— DM. Jede einzelne Abstellung kostet 0,10 DM (für Motorräder 3,— bzw. 0,30 DM). Die Fahrradwache ist werktäglich geöffnet von 7.30 bis 20.00 Uhr. Die Fahrradabstellmöglichkeit in der Halle neben der Schloßkirche bleibt bestehen. Für die dort abgestellten Fahrräder wird jedoch keine Gewähr übernommen. Das Aufstellen von Fahrrädern innerhalb der Universität oder an der Straßenfront der Universität ist untersagt.

3. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß vor Beginn einer Auslandsreise die notwendigen Formalitäten (Visa usw.) zu erledigen sind. Eine spätere Beschaffung von Visa und dergl. ist meist mit großen und zeitraubenden Schwierigkeiten verbunden.

4. Für die Erstimmatrikulierten liest

Prof. Feldmann: „Einführung in das akademische Studium“ mittwochs von 11—12 Uhr in Hörsaal X Universitätshauptgebäude. Der Besuch dieser Vorlesung wird allen ersten Semestern dringend angeraten.

Der Rektor
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

den eine nur stichwortartige und deshalb unvollkommene Berichterstattung zu. Wenn deshalb der eine oder andere Kommilitone eine präzise Behandlung der einzelnen Punkte vermissen sollte, so möge er das unter Berücksichtigung des geringen zur Verfügung stehenden Raumes im NBST entschuldigen. Über eines aber sollen Sie an anderer Stelle eingehend informiert werden, da es im Mittelpunkt der Fachschaftstagung stand: Es ist das Referat Herrn Pro-

fessor G. Husserls von der Rechtsabteilung der Amerikanischen Hohen Kommission über das Thema: „Reform des Rechtsstudiums“. Als Vertreter der hiesigen juristischen Fachschaft möchten wir in diesem Zusammenhang schon jetzt alle Kommilitonen unserer Fakultät bitten, über erwähnte Reformvorschläge sich ihr persönliches Urteil zu bilden und in einer der nächsten Fachschaftsversammlungen dazu freimütig Stellung zu nehmen.

Aber hier zunächst ein kurzes Streiflicht auf die in Königstein geleistete Arbeit: In seinem eingangs gehaltenen Tätigkeitsbericht als Fachgruppenleiter (VDS) strich Herr Huch, Bonn, vor allem die Bedeutung und die verschiedenen, d. h. nicht nur die rein fachlichen, sondern auch die kulturellen und gesellschaftlichen Aufgabengebiete der Fachschaftsarbeit heraus.

Bezüglich der Verlängerungsabsichten (also 7 Semester) des Rechtsstudiums erwähnte Herr Huch die teilweise seitens des Justizministeriums bestehenden Bedenken, eine solche Regelung gesetzlich festzulegen.

Die vorgelegte Abrechnung für das Halbjahr vom 1. 4. bis 31. 9. 1951 wurde nach sachlicher Prüfung anerkannt und Herrn Huch dieserhalb die Entlastung erteilt.

Über die internationale Arbeit der Fachgruppe kann gesagt werden, daß sie sich im vergangenen Halbjahr lediglich auf das statistische Arbeitsgebiet, wie den Aufbau des Studiums im Ausland u. ä. erstreckte.

In einer sehr eingehenden Generaldebatte vertrat die Mehrheit der Fachschaftsvertreter die Ansicht, daß ein studium generale unbedingt erforderlich und wünschenswert sei. Dasselbe müsse jedoch freiwillig betrieben werden, und es müsse den Studenten mannigfaltige Möglichkeiten in dieser Hinsicht geboten werden. Dabei sollte das studium generale weder dem Spezial-Studium vorausgehen noch nachfolgen, sondern es soll im Rahmen des Studiums möglichst in der eigenen Fakultät unter Berücksichtigung aller mit dem Recht zusammenhängenden Fragen (Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie u. ä.) und unter Beschneidung der sehr weitgehend spezialisierten Rechtsgebiete (wie z. B. Versicherungs-, Steuer- und Gewerberecht) erfolgen.

In einer Diskussion über die Einführung eines Diplomjuristen-Titels, die leider erst im nächsten NBST aus raumtechnischen Gründen behandelt werden kann, wurde ein Antrag des Vertreters der FU Berlin, der die Schaffung des Diplomjuristen-Titels und eine Universitätsabschlußprüfung gutheißt, einstimmig angenommen.

Zu den jüngsten Entwicklungen des Rechtsstudiums in der sog. Deutschen Demokratischen Republik nahmen die Fachschaftsvertreter durch einstimmige Annahme nachfolgender Anträge klar Stellung:

Die in Königstein zu ihrer 5. Tagung versammelten Vertreter der Deutschen Juristischen Fachschaften im Verband Deutscher Studentenschaften stellen mit Befremden und Bedauern fest, daß ein ordentliches Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten der sowjetisch besetzten Zone nicht mehr möglich ist, da neuerdings der vom sog. Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR diktierte Studienplan für die Rechtswissenschaften (Anweisung Nr. 11 vom 1. 8. 1951) eine wissenschaftliche Ausbildung des juristischen Nachwuchses nicht mehr gewährleistet, vielmehr das Studium zur Schulung im Sinne des Leninismus-Stalinismus macht.“

„Die Deutschen Juristischen Fachschaften sprechen sich dafür aus, daß bei einem Studenten, der aus der sowjetisch

besetzten Zone an eine westdeutsche oder die Freie Universität in Berlin kommt, bei der Anerkennung des bisherigen Studienganges diejenigen an einer Universität der SBZ absolvierten Semester außer Acht gelassen werden, die rein politischer Schulung und leninistisch-stalinistischer Orientierung gedient haben.“

Abschließend sei noch erwähnt, daß die nächste Fachschaftentagung voraussichtlich Ende Januar 1952 stattfinden wird. Kardinalpunkt der Tagesordnung wird das eingangs erwähnte Referat von Professor Husserl über die Reformvorschläge des Rechtsstudiums sein. J.

Für den Mediziner

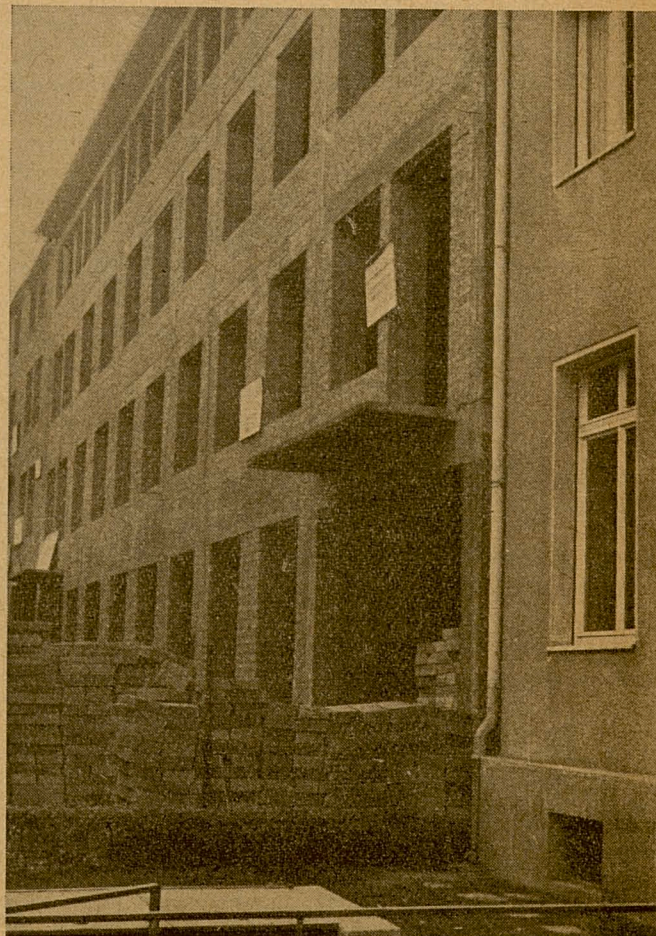
Reform des Medizinstudiums?

JA und NEIN!

Wie auf dem letzten Ärztetag in München Anfang Oktober bekannt gegeben wurde, haben die Landesgesundheitsverwaltungen den Entwurf einer neuen Prüfungsordnung für Mediziner, der im Mai 1951 von der Gesundheitsabteilung im Bundesministerium des Innern vorgelegt wurde, hauptsächlich wegen der Einschaltung eines praktischen Jahres in das klinische Studium abgelehnt.

Damit ist einstweilen die seit langem von der Ärzteschaft geforderte Reform der ärztlichen Ausbildung zurückgestellt worden. Das mag uns Anlaß sein, in kurzen Zügen die Entwicklung darzulegen, die zu diesem Ergebnis führte:

Die seit den zwanziger Jahren gültige Ausbildungsordnung für Mediziner sah ein Studium von insgesamt 11



Das neue Studenten-Wohnheim

wird voraussichtlich Mitte Januar bezugsfertig sein.

Neben den Behandlungsräumen des Studentenarztes, Gemeinschaftsräumen und Bibliothek wird es ca 70 Studenten ein angenehmes Heim bieten.

Semestern — 5 vorklinischen und 6 klinischen — vor, an das sich nach dem Staatsexamen ein Medizinalpraktikantenjahr anschloß, das nur in bestimmten, eigens ermächtigten Krankenhäusern, unter der Aufsicht erfahrener Chefarzte abgeleistet werden konnte. Erst dann erhielt man mit der Approbation die Berechtigung zur Ausübung ärztlicher Tätigkeit, sei es in eigener Praxis oder in Krankenhäusern.

Im Juli 1939 wurde die Zahl der Semester auf 10 herabgesetzt, die Pflichtfamulatur von 6 Monaten eingeführt und gleich nach dem Staatsexamen die Approbation erteilt, die jedoch erst nach Ableistung von 15 Monaten Pflichtassistentenzeit in einem beliebigen Krankenhaus zur Eröffnung einer eigenen Praxis berechtigte. Nach Ansicht der Ärztekammern war diese Verordnung eine Kriegsvorbereitungsmaßnahme des NS-Regimes, dem es darum ging, für den Bedarf der Truppe mit einem Schlage einen ganzen Jahrgang Truppenärzte zu gewinnen, da jetzt der bisherige Medizinalpraktikant ja gleich approbierter Arzt wurde.

Nach dem Kriege wurden sogleich Bestrebungen laut, die eine Verlängerung des Studiums auf 11 Semester und die Wiedereinführung des Medizinalpraktikantenjahres in der alten Form ohne Erteilung der Approbation forderten. Nicht zuletzt spielten dabei die Erfahrungen mit den zahlreichen „Not-Approbierten“ vom Frühjahr 1945 eine große Rolle — sowie der an sich verständliche Wunsch der Ärzteschaft, die drohende Überfüllung des gesamten Berufsstandes durch eine Erschwerung der Ausbildung nach Möglichkeit abzuwehren. In diesem Sinne erließ die Landesregierung von Niedersachsen 1947 eine neue Ausbildungsordnung, die die bis dahin gültige Reichsbestallungsordnung ablösen sollte.

Da es zu diesem Zeitpunkt keine für alle deutschen Länder zuständige Medizinalbehörde gab, ergriff der Medizinische Fakultätentag die Initiative und beauftragte im März 1949 bei seiner Köln-Tagung den Vorsitzenden des Ausschusses für die ärztliche Prüfung in Münster, Herrn Prof. Dr. Siegmund, mit der Aufgabe, den Entwurf einer neuen Bestallungsordnung für Ärzte den zuständigen Stellen der Länderregierungen vorzulegen. Vorausgegangen waren zahlreiche Beratungen mit Ärztekammern, Kultusministerien und den Studentenvertretungen der

**Wir dürfen unsere Kommilitonen
in Mitteldeutschland nicht sich selbst überlassen!**

Unsere Lösung für die Solidaritätssammlung:

**Bücher aus der freien Welt
gegen den Leninismus-Stalinismus!
Lebensmittel und Medikamente
für unsere Kommilitonen!**

medizinischen Fachschaften. Letztere hatten sich erstmalig im Sommer 1947 in Marburg zu Beratungen getroffen, die im Dezember 1947 und Januar 1949 in Frankfurt gelegentlich der „Internationalen Medizinerntreffen“ fortgesetzt wurden und zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Medizinerfachschaften“ führten, die im November 1949 als erste Fachgruppe von dem inzwischen entstandenen, vom VDS anerkannt wurde.

Der Entwurf von Prof. Siegmund sah vor:
Studium von 11 Semestern
ungeteiltes „Physikum“
Staatsexamen in 12 Fächern.

Geisteswissenschaftliche Vorlesungen während der Vorklinik.

Praktische Ausbildung:

- a) vor dem Studium: 8 Wochen Krankenpflegedienst,
- b) während des Studiums:
freiwillige Famulatur in den Ferien.
- c) nach dem Studium:
2 Jahre Ausbildung als Medizinalpraktikant in „Lehrkrankenhäusern“.
- d) erst dann Approbation und Promotion.

Besonders gegen die zweijährige Tätigkeit als Medizinalpraktikant ohne Approbation und Promotionsmöglichkeit wandten sich die Studentenvertreter, weil dadurch der angehende Arzt während der 2 Jahre im Krankenhaus tarifrechtlich völlig schutzlos dastehen würde ohne Aussicht auf eine seiner Vorbildung und wirklichen Arbeitsleistung entsprechende Vergütung.

In zahlreichen Besprechungen mit allen beteiligten Stellen, die vielfach auf Anregung der Fachgruppe Medizin einberufen wurden, kam es zu einigen Kompromissen im Frühjahr 1950 hinsichtlich der Neuerungen. Inzwischen war im Bundesinnenministerium die Gesundheitsabteilung aufgebaut worden, deren Vertreter seit März 1950 an den vorgenannten Beratungen teilnahmen. Der von dieser Stelle ausgearbeitete und im Mai 1950 vorgelegte Entwurf erklärte Krankenpflege und Famulatur für freiwillig und sah eine Trennung des bisher einheitlichen Staatsexamens vor in der Weise, daß der wissenschaftlich-theoretische Teil im Anschluß an das 11. Semester mit den Fächern (I) Pathologie, (II) Pharmakologie, (III) Hygiene einschließlich Sozialhygiene, Bakteriologie und Serologie sowie (IV) Versicherungsmedizin und ärztl. Rechts- und Standeskunde abgelegt werden sollte. Gleichzeitig wurde gefordert, die Vorlage „einer während des Studiums von dem Kandidaten verfaßten schriftlichen Ausarbeitung, welche dartut, daß der Kandidat mit den Methoden wissenschaftlicher Arbeit vertraut ist — die Ausarbeitung muß mit einer kritischen Beurteilung eines Universitätslehrers versehen sein, sie darf sich auch auf den Gegenstand eines Faches beziehen, daß nicht Gegenstand der ärztlichen Prüfung oder des medizinischen Studiums ist.“

Im Anschluß an diese reichlich „theoretische Prüfung“ soll der Kandidat zwei Medizinalpraktikantenjahre in eigens ermächtigten Lehrkrankenhäusern ableisten — deren Zahl dem Bedarf an Nachwuchs angepaßt werden soll — um sich dann in den restlichen 8 klinischen Fächern der wissenschaftlich-praktischen Prüfung zu unterziehen. Im Anschluß daran erhält der Kandidat die Approbation mit Niederlassungsberechtigung und kann promovieren.

Es war vorauszusehen, daß sich gegen diese einschneidenden Änderungen von allen Seiten Einspruch erheben würde und nach verschiedenen Verhandlungen im Sommer 1950 brachte der Ärztetag zu Bonn im August mit der Annahme der sog. „Königsteiner Leitsätze“ folgenden Ablauf des Studiums in Vorschlag:

- 5 Semester Vorklinik,
- 8 Wochen Krankenpflege,
- ungeteiltes Physikum,
- 4 Semester Klinik,
- 3 Monate Famulatur,
- 1 Jahr Praktikum in Lehrkrankenhäusern mit beschränkter Stellenzahl unter Beurlaubung von der Universität,
- 2 Semester klinisches Studium,
- Staatsexamen in 12 Fächern,
- 1 Medizinalpraktikantenjahr in Lehrkrankenhäusern wie oben,
- Approbationsexamen.

Erst danach wird die Approbation erteilt und ist Promotion gestattet. Gegen diese stark von berufspolitischen Erwägungen diktierten Vorschläge wandten sich gleicherweise der außerordentliche Vertretertag der Medizinstudenten in Köln und ein im Oktober nach Frankfurt einberufener außerordentlicher Fakultätentag. Gemeinsam forderten Professoren und Studenten:

- 11 Semester Studium,
- ungeteiltes Physikum,
- 6 Monate Famulatur,
- ungeteiltes Staatsexamen mit Approbation und Promotion,
- 2 Jahre Pflichtassistentenzeit mit tariflicher Vergütung,
- Ablehnung eines zusätzlichen Approbationsexamens.

Durch diese Vielzahl von Vorschlägen hatten sich die Landesgesundheitsverwaltungen hindurch zu finden — und es ist nur zu verständlich, daß sie einstweilen alle bisherigen Vorschläge ablehnten und dem Bundesinnenministerium nahelegten, einen neuen Vorschlag im Laufe des Winters herauszubringen, der dann hoffentlich allgemeine Zustimmung findet. Sicherem Vernehmen nach soll auch weiterhin die Fachgruppe Medizin als gewählte Studentenvertretung zu den Beratungen hinzugezogen werden und es wird sich zeigen, ob es den Fachschaften

weiterhin gelingt, sich gegen die starken einseitig berufspolitischen Wünsche der Kammern und Ärzteverbände zu behaupten.

Denn das haben die bisherigen Verhandlungen mit aller Deutlichkeit gezeigt: Die Ärzteschaft geht an das Problem nicht nur unter dem Aspekt heran: Wie bekommen wir bessere Ärzte? — sondern ebenso stark lautet die Parole: Wie kriegen wir weniger Ärzte!??

Professoren und Studenten verschließen sich nicht den ernstesten Problemen, die sich aus der Überfüllung des ärztlichen Berufes ergeben — glauben jedoch, daß man das Medizinstudium nicht reformieren kann unter dem Gesichtspunkt: Wie kann ich die jungen Abiturienten vom Medizinstudium abhalten, indem ich Erschwerungen einbaue, die besonders den Mediziner mit dem Staatsexamen in der Tasche zu einem Praktikanten machen, der keinerlei Anspruch auf tarifgemäße Bezahlung in Krankenhause hat. Über diese heikle Frage wird ein späterer Aufsatz unterrichten.

H. Schlömer.

AUCH DIESEN BEITRAG EMPFEHLEN WIR DEN MEDIZINERN UND WÜRDEN UNS FREUEN, DISKUSSIONSBEITRÄGE ZU DIESEM JEDEN MEDIZINER ANGEHENDEN THEMA ZU BEKOMMEN.

D. RED.

STUDENTISCHE GEMEINSCHAFTEN:

Evangelische Studentengemeinde:

Zum Beginn dieses Semesters treffen wir uns wie üblich zu einer Freizeit, auf der wir uns für die Aufgaben der nächsten Monate vorbereiten wollen. Näheres bitten wir den Anschlägen an unseren schwarzen Brettern zu entnehmen.

Die erste Bibelstunde ist am Mittwoch, den 7. November, um 20 Uhr c. t. in der Weberstraße 102.

In Bad Godesberg ist die erste Bibelstunde am Dienstag, den 6. November, um 20 Uhr c. t. in der Kronprinzenstraße 31.

Am Freitag, den 9. November, sind alle Neuimmatrikulierten zu einem offenen Abend eingeladen, der in der Hohenzollernstraße 9 stattfindet.

Die erste Wochenschlußandacht ist am Samstag, den 10. November, um 19 Uhr c. t. in der Weberstraße 102.

Der Semestereröffnungsgottesdienst ist am Sonntag, den 11. November, um 9,30 Uhr im Hörsaal X der Universität.

Zu allen Veranstaltungen sind alle evang. Studierenden herzlich eingeladen. Besonders möchten wir auf unsere verschiedenen Kleinkreise hinweisen, (siehe die Anschläge am schwarzen Brett!) in denen neben den verschiedensten Fragen des Glaubens, der Politik, der Literatur usw. gerade auch unsere ganz persönlichen Nöte und Sorgen zur Aussprache kommen.

Die Vertrauensstudenten sind von Montag bis Freitag von 14,00 bis 16,00 Uhr in der Hohenzollernstraße 9 zu sprechen.

Studentenpfarrer F. Ziegel ist am besten Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 14,00 bis 16,00 Uhr in seiner Wohnung zu erreichen.

Katholische Studentengemeinde:

Feierlicher Gottesdienst zum Semesterbeginn: Sonntag, den 11. November, um 10 Uhr, in der St. Elisabethkirche (Schumannstraße).

Regelmäßige Gottesdienste: Sonn- und Feiertags um 9,30 Uhr im Collegium Albertinum, Koblenzer Str. 19. Donnerstags um 7 Uhr im Elisabethkrankenhaus, Marienstraße 10, Samstags um 20 Uhr Deutsche Komplet im Collegium Albertinum.

Kursus zur Erlangung der Missio canonica: Mittwochs 20 Uhr im Newman-Haus.

Das Katholische Studentensekretariat befindet sich im Newman-Haus, Koblenzer Str. 63, und ist geöffnet werktäglich (außer samstagsnachmittags) 10—13 und 15—18 Uhr (Ruf 3 53 08).

Ein geheizter Aufenthaltsraum steht im Newman-Haus täglich von 9—19 Uhr zur Verfügung.

Offene Abende der Studentengemeinde finden dort jeden Dienstag um 20,15 Uhr statt.

Neuimmatrikulierte Studierende laden wir herzlich zu einem Einführungsabend am Dienstag, dem 13. Novemb., ein.

Studienberatung für Erstimmatrikulierte durch ältere Kommilitonen: 5.—8. November, 12—14 Uhr im Newman-Haus.

Studentenpfarrer ist Dr. theol. Josef Steinberg. (Privatwohnung: Riesstr. 22).

Sprechstunden im Newman-Haus dienstags bis freitags 11—13 und 15—16 Uhr, sonst nach Vereinbarung (Ruf 3 53 08).

Beichtgelegenheit: Samstags 17—19 Uhr und täglich 7,45 Uhr im Elisabeth-Krankenhaus.

Unsere „Mitteilungen“ unterrichten regelmäßig über alle unserer Veranstaltungen und Einrichtungen (Arbeitskreise, Vinzenzkreis, Madrigalchor, Choralschola, Auslandsarbeit, Fakultätstage usw.). Sie werden allen Interessierten gegen Adressenangabe regelmäßig zugesandt.

Unsere Anschläge bei den verschiedenen Instituten unterrichten jeweils über die Veranstaltungen der laufenden Woche.

Vom K.V.

Am 1. Oktober ging der Vorort des Kartellverbandes der katholischen deutschen Studentenvereine (nichtfarbentragend) auf den KStV Brisgovia in Freiburg, der Vorsitz im Altherrenbund des KV auf den Direktor der Pädagogischen Hochschule Vechta, Dr. Paul Franken in Bonn, über. —

Der KV-Rat, ein der Aktivitas und dem Altherrenbund gemeinsames Organ, trat am 30. September in Köln mit den Leitern der Ämter zusammen, um die Ausführung der von der Vertreterversammlung gegebenen Richtlinien zu beraten. Religiös-weltanschauliche und hochschulpolitische Fragen standen dabei im Vordergrund des Interesses.

Ab Oktober erscheinen als Verbandsorgane des KV die „Akademischen Monatsblätter“; Verleger ist der Verband alter KVer e. V.“.

Die studentische Theatergruppe . . .

. . . will in ihrem dramaturgischen Arbeitskreis alle interessierten Studenten durch Vortrag und Diskussion an die Probleme der Theatergeschichte, des modernen Dramas, sowie des Films und des Hörspiels heranzuführen. Darüber hinaus soll die Studentische Studiobühne mit Unterstützung der Städtischen Bühnen in die praktische Arbeit des Berufstheaters einführen und eigene Inszenierungen herausbringen. Die Termine der Zusammenkünfte werden durch Anschlag im Hauptgebäude und Studentenhaus bekanntgegeben.

Der Filmclub Bonn . . .

. . . hat es sich zum Ziel gesetzt, den guten Film zu fördern. Dies geschieht durch Vorführung außergewöhnlicher Filmstreifen und anschließende Diskussion mit einem erfahrenen Diskussionsleiter. Der Semesterbeitrag beträgt 2,50 DM. Auskunft beim Kulturreferenten des ASTA.

Das Politische Forum der Bonner Studenten

Mag auch die Zeitspanne von drei Semestern (denn so lange besteht nun das Politische Forum Bonner Studenten) noch zu kurz sein, um Endgültiges über seine Möglichkeiten und Wirkungen auszusagen, ist es doch vielleicht an der Zeit, sich zu überlegen, ob etwas und was erreicht wurde, wo Stärke und Bedeutung liegt.

Das Forum entstand aus dem Bewußtsein einer gemeinsamen Aufgabe bei einer Reihe studentischer Vereinigungen: den sozialistischen, liberalen, christlich-demokratischen, evangelischen und katholischen Studentenorganisationen. Man schuf eine gemeinsame Organisation: Alle genannten Verbände entsenden je einen Delegierten in einen „Ständigen Ausschuß“, der seinerseits ein Präsidium (Präsident, zwei Vizepräsidenten) wählt. Dem „Ständigen Ausschuß“ gehören außerdem das jeweilige Präsidium des vorigen Semesters stimmberechtigt und 3 Personen des öffentlichen Lebens beratend an. Der Ausschuß entscheidet über Themenwahl und Redner, das Präsidium leitet die Debatten und repräsentiert das Forum. Die Debatten werden nach englischem Vorbild geführt: Je zwei Studenten und zwei Redner des öffentlichen Lebens sprechen je eine Viertel Stunde für bzw. gegen den Antrag, nach einer Pause erfolgt allgemeine Diskussion je 5 Minuten, dann Abstimmung. Teilnahmeberechtigt an Diskussion und Abstimmung ist jeder Student.

Wie stellt sich nun jene „gemeinsame Aufgabe“? Sie liegt durchaus nicht darin, prominente Redner vorzuführen und bestaunen zu lassen, sie liegt nicht in der Durchsetzung eines politischen Programms, sondern ist didaktischer Art. In der Demokratie hat (zumindestens idealiter) ein jeder den Staat mitzutragen und mitzuformen. Dies kann er ernsthaft nur dann, wenn er sich um politische Phänomene bemüht, wenn er aus der Flut der Meinungen eine eigene herauskristallisiert oder (meist, und oft besser) eine bereits geprägte nach Prüfung übernimmt. Aufgabe des Forums soll sein, die Studenten an echte politische Meinungsbildung heranzuführen und ihnen gleichzeitig Gelegenheit zu geben, sich in parlamentarischen Formen zu üben. Ein jeder kann seine Meinung darlegen, aber die beschränkte Zeit zwingt ihn zu scharfer Fassung, der Präsident zwingt ihn zu angemessener Form, die kritische Wachsamkeit des Auditoriums zwingt zu vernünftiger und verantwortungsvoller Aussage. Meinungsäußerung also unter bewußt erschwerten Bedingungen in sachlicher, kla-

rer Atmosphäre, die politische Schreihäse bisher fernhielt oder dem Gelächter preisgab.

Ein ideales Übungsfeld für jeden Akademiker also; denn in der Öffentlichkeit wird sich nicht nur der künftige Politiker bewegen — die hier geübte Form, seine Ansicht zu äußern und durchzusetzen, wird jeder beherrschen müssen, der mit Erfolg rechnen will —, sich mit dem zur Debatte stehenden Thema aber (wichtigste Fragen der Gegenwartspolitik) auseinanderzusetzen, ist selbstverständliches Gebot des Tages und Pflicht des Staatsbürgers.

Die formal bildende Kraft des Forums wurde nicht nur in der Studentenschaft, sondern auch in den zahlreichen Beiträgen der deutschen Presse anerkannt. Umstritten jedoch blieb das inhaltliche Moment. Insbesondere nach der von der Ostpresse in der unsachlichsten Weise ausgeschlachteten Remilitarisierungsdebatte des WS 50/51 wurde dem Präsidium, dem Ausschuß und den Trägerverbänden von verschiedenen Seiten, insbesondere auch aus Kreisen des Parlaments, Bedenken gegen die Wirkung des Forums auf die öffentliche Meinung vorgetragen: es fehle den Studenten am notwendigen Fachwissen und Überblick für derartige Entscheidungen, der politische Effekt sei daher nachteilig. Das Politische Forum war und ist demgegenüber anderer Meinung: Wenn der Student je zwei wohlvorbereitete Referate von Fachleuten für und gegen den Antrag hört und außerdem noch in der allgemeinen Debatte andere Seiten des Problems gezeigt werden, wenn außerdem alles in einer gänzlich unagitatorischen und oft geradezu trockenen Atmosphäre verläuft, so ist durchaus von jedem Studenten zu erwarten, daß er sich der Verantwortung bewußt ist und seine Entscheidung nach bestem Wissen fällt. Es ist auch kaum etwas Vernünftiges dagegen einzuwenden, daß die Öffentlichkeit diese Abstimmung als ein gewisses Stimungsbarometer für die Meinung der Bonner Studenten überhaupt ansieht: denn da der Eintritt jedem freisteht, ergibt die primitivste Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß die verschiedenen Meinungen, also z. B. Regierungs- und Oppositionsanhänger, etwa im Maß ihres Gesamtvorhandenseins auch hier vertreten sind. Daß diese Entscheidungen dann dem Unterlegenen unangenehm sein können, liegt im Wesen der Demokratie und gibt keinerlei Grund zur Polemik gegen das Forum — eine solche müßte sich gegen das Prinzip der Demokratie überhaupt richten. Vor willkürlicher Auslegung durch den Osten aber ist heute niemand geschützt — diese Gefahr kann nicht hindern, seine Meinung zu sagen.

Ohne Rücksicht auf Beifall und Angriffe wird das Politische Forum auch im nächsten Semester unter seinem 4. Präsidium die als richtig erkannte Form bewahren. Als seinen höchsten Wert wird es die sachliche Atmosphäre beizubehalten suchen. Wir wollen keine politische Sensation, sondern rationale Meinungsbildung. Besser sachliche Debatte vor 100 oder 200 Teilnehmern als Krawall und Rummel vor 1000. Schreier sind hier nicht erwünscht und werden enttäuscht nach Hause gehen. Wer sich aber bemüht und sachlich ist (auch wenn ihm die vollendete Form fehlt, denn die soll er ja gerade hier verbessern), wird willkommen sein und nicht ohne Gewinn zu seinen Büchern zurückkehren.

Werner Spies, Vizepräsident

DER MONAT

— eine internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben —, die in Berlin erscheint, kann ab sofort im Geschäftszimmer des ASTA bestellt werden. Ihr Einzelhandelspreis ist 1,— DM. Sie wird an Studenten zum Vorzugspreis von 0,50 DM abgegeben.

AUFRUF DES MARBURGER DOZENTENCLUB

Der Marburger Dozentenclub, eine Vereinigung jüngerer Hochschullehrer und Assistenten, betrachtet die Entwicklung des studentischen Verbindungswesens seit langem mit ernster Besorgnis. Überzeugt von der Notwendigkeit einer inneren Erneuerung der Hochschule, zu der ihre besten Kräfte aufgerufen sind, sieht er in der Erklärung einer Reihe farbentragender Verbindungen, sich nicht länger an die Beschlüsse der Tübinger Rektorenkonferenz halten zu wollen, eine schwere Störung des akademischen Friedens und fühlt sich verpflichtet, eindringlich vor den Folgen eines solchen Schrittes zu warnen. Der Verstoß gegen die innere Ordnung der Hochschule, zu deren Achtung sich jeder Student feierlich verpflichtet hat, gefährdet ihre äußere Freiheit und fordert die Einmischung hochschulfremder Kräfte heraus.

Mit uns sehen große Teile des deutschen Volkes im Farbentragen, in der Pflege eines besonderen Ehrbegriffes und im Schlagen von Mensuren Symbole eines neuen Kastengeistes, der ebenso wie das Protektionsunwesen den Verpflichtungen der Hochschule gegenüber Volk und Staat widerspricht. Angesichts dieser Tatsache appellieren wir an alle Studenten der deutschen Hochschulen, es nicht zu einer Störung des sozialen Friedens kommen zu lassen und ihr Leben im Bewußtsein ihrer sozialen Verantwortung zu gestalten. Im Interesse der Zukunft unserer Hochschulen halten wir es für die Pflicht jedes einzelnen Hochschullehrers, auf die Studenten in diesem Sinne einzuwirken und ihnen bei der Erneuerung ihres Gemeinschaftslebens zu helfen, um dadurch den Beschlüssen der Rektorenkonferenz in jeder Hinsicht Widerhall zu verleihen.

Darüberhinaus fordern wir die Hochschulen und alle verantwortlichen Stellen auf, echte studentische Gemeinschaften ideell und materiell zu fördern und damit allen gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen. Die Öffentlichkeit kann keine positive Lösung der Korporationsfrage erwarten, wenn sie die Hochschulen in dieser Auseinandersetzung nicht mit allen Kräften unterstützt.

Vom 4. bis 10. August fand in Würzburg der 3. Neudeutsche Studententag statt. In einer Entschliebung befaßt er sich mit den Fragen der „Studentischen Lebensgestaltung — heute“. So wird die baldige und echte Hochschulreform zur Überwindung des Spezialistentums und Ganzheitsbetrachtung des Fachwissens gefordert. Ferner stellt sich die Entschliebung hinter die Forderungen der Rektorenkonferenz und fordert eine Erneuerung von Geist und Form der traditionsgebundenen Verbände. Es wird festgestellt, daß Fragen studentischen Gemeinschaftslebens durch freie Selbstentscheidung der Studentenschaft und nicht durch Einflußnahme außerhalb der Universität stehender Kreise gelöst werden sollen. Von den mensurenschlagenden Korporationen distanziert sich die Erklärung. Es wird festgestellt, daß sich an allen Universitäten ein beachtlicher Teil der Studentenschaft innerhalb und außerhalb der studentischen Vereinigungen bemüht, neue Wege zu einer echten und zeitaufgeschlossenen Lebensgestaltung zu gehen. Die Erklärung ruft alle Kommilitonen auf, am sozialen Neuaufbau Deutschlands und Europas mitzuarbeiten und drückt die Überzeugung aus, daß das Echte und Lebenswirkliche sich durchsetzen wird.

In einem Memorandum hat sich die Arbeitsgemeinschaft Mensurbeflissener Verbände Andernach (AGA) an die Rektorenkonferenz gewandt. In diesem Memorandum legen sie ihre Ansicht zum Korporationsproblem dar. So heißt es u.a.: „Die Angehörigen unserer Verbände haben auf Grund ihrer korporationsstudentischen Erziehung klare Vorstellungen von demokratischer Lebensauffassung.“ Sie weisen darauf hin, daß die einzige mehr als

100jährige deutsche Tradition im Hinblick auf das parlamentarische und föderative Prinzip in diesen Verbänden zu finden ist und daß dies der hauptsächliche Grund für die Auflösung im Hitler-Reich gewesen ist. Sie bitten, nicht mit dem jetzt nicht mehr existierenden Korporationstyp identifiziert zu werden, der sich mit Begriffen wie „unfreiheitliche Verbandsdisziplin“ u. ä. verbindet. Zum Farbentragen wird erklärt, daß keine der Verbindungen die allgemein gebotene Zurückhaltung verletzt hat. Die Mensuren seien an Orten und unter Beachtung von Vorkkehrungen geschlagen worden, die jegliche Verantwortung der Universitäten und Hochschulen ausschloß. Ferner seien absolut unfallsichere Schutzvorrichtungen und einwandfreies sportliches Verhalten der Fechter beobachtet worden. Die Beschlüsse der Rektorenkonferenz beruhten auf Argumenten der Vergangenheit und insofern fühlen sich die Verbände nicht getroffen. Sie erblicken darin eine Lenkungsmaßnahme vergangener Epoche und unzulässige Eingriffe in die akademische Vereinigungsfreiheit. Ferner erblicken sie in Äußerungen verschiedener Seiten zum Korporationsproblem den Versuch einer Durchsetzung weltanschaulich-politischer Überzeugungen oder religiöser Intoleranz. Die Beschlüsse der Rektorenkonferenz seien insofern unrechtmäßig, als die universitas magistrorum et scholarium des Mittelalters jetzt von der universitas litterarum abgelöst sei und die heutige Universität nicht mehr die Erziehungsaufgabe der Universität des Mittelalters habe.



Die Essenausgabe im Studentenhaus wird im kommenden Semester etwas schneller vonstatten gehen, da die Küche erweitert worden ist und die Mediziner demnächst auf dem Venusberg ihre eigene Mensa eröffnen können.

Die diesjährige ordentliche Delegiertentagung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes fand in der Zeit vom 15. bis 17. September in Braunschweig statt.

Die 1. Arbeitstagung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fand in der Zeit vom 25. bis 27. 8. in Bonn statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde cand. phil. Flick gewählt. Zur Betreuung der Studenten Mitteldeutschlands soll in Berlin ein „Ostbüro“ eingerichtet werden.

Der amerikanische Generalkonsul Mr. Chalker überreichte am 27. 9. 51 in Bonn im Beisein des britischen Education Officer von Nordrhein-Westfalen, des Rektors der Universität, des Oberbürgermeisters und des 1. Vorsitzenden des VDS eine Spende aus dem McCloy-Sonderfonds in Höhe von 200 000.— DM zur „Förderung demokratischer studentischer Gemeinschaft“ an den Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Studentenwerke.

Aufruf!

zur Solidaritätssammlung der Bonner Studentenschaft

Kommilitonin!

Kommilitone!

Wiederum ergeht der Ruf an Sie, durch eine Solidaritätssammlung Ihre Verbundenheit mit den freiheitlichen Studenten Mitteldeutschlands zu bekunden. Die nunmehr dort eingeleitete Hochschulreform, die politischen Pflichtvorlesungen und Pflichtexamina und die vielen Begleitumstände, die sich für den Einzelnen in einem totalitären Staatsgefüge ergeben, gestalten das Studium unserer mitteleuropäischen Kommilitonen immer schwieriger. Der Leninismus-Stalinismus beherrscht das ganze wissenschaftliche und kulturelle Leben in Mitteldeutschland und spricht allen anderen Anschauungen jegliche Daseinsberechtigung ab.

Alles ehrliche Streben nach Objektivität wird als Objektivismus gebrandmarkt, verpönt und ausgerottet. Die lange und stolze Tradition der deutschen Universitäten und Hochschulen wird radikal beseitigt.

Trotz einer solchen nunmehr 6 Jahre dauernden Entwicklung sind Streben und Bedürfnis nach Freiheit und echter Wissenschaft an den Universitäten und Hochschulen Mitteldeutschlands erhalten geblieben.

Groß waren die Opfer, die sie in ihrem Kampf bisher gebracht haben. Nach Ermittlungen des Amtes für Gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS wurden bisher 310 Professoren und Studenten aus politischen Gründen verhaftet, und größtenteils zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Viele Studenten mitteleuropäischer Hochschulen und Universitäten mußten aus Gründen persönlicher Sicherheit Asylrecht im freien Westberlin oder in der Bundesrepublik in Anspruch nehmen.

Den trotz allem aber noch in der Sowjetzone aushaltenden Kommilitonen gilt es, durch diese Solidaritätssammlung eine Hilfe zu erweisen und zu zeigen, daß wir sie nicht vergessen haben und nicht vergessen werden.

Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen hat sich diese Aufgabe gestellt. Durch unsere Solidaritätssammlung wollen wir helfen, eine finanzielle Grundlage für diese große Aufgabe zu schaffen.

Wenn auch viele von uns ihr Studium nur unter größten materiellen Entbehrungen durchführen können, für diesen Zweck darf uns trotz allem kein Opfer zu groß sein.

Für den Allgemeinen Studentenausschuß Bonn:

Hans-Eberhard Roesch

Hans Weber

Kurt Irsfeld

1. Vorsitzender

2. Vorsitzender

Geschäftsführer

An den Studentenrat Halle

Sehr geehrte Kommilitonen!

Verschiedene Umstände veranlassen uns, erst heute auf Ihren Brief vom 9. 6. 51 doch noch einzugehen.

Einleitend möchten wir bemerken, daß wir mit Freude festgestellt haben, daß auch Sie die Pressemethoden des ADN mißbilligten. Leider aber scheint es Ihnen doch nicht gelungen zu sein, den ADN zu einer Korrektur seiner Meldung zu bewegen. — Was uns aber sehr befremdet, ist Ihre Feststellung, die Forderungen der 9. Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften „restlos verwirklicht“ zu haben. Denn wie uns bekannt wurde, ist am 29. und 30. August 1951 wieder — und zwar diesmal bei Ihnen in Halle — ein ausgesprochener Terrorprozeß gegen Studenten durchgeführt worden. Wieder einmal sind freiheitliche Kommilitonen unter unmenschlichen Umständen von einem „Volksgericht“ Ihrer sog. Deutschen Demokratischen Republik und noch dazu Ihrer Universitätsstadt unter fadenscheinigen und den Grundsätzen einer rechtsstaatlichen Demokratie hohnsprechenden Gründen zu schwer-

EIN BRIEF

sten Strafen verurteilt worden. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Halle wurde unter Vorsitz der „Volksrichterin“ Wolfhilde Dierl dieses Verfahren gegen 14 Kommilitonen, Jungakademiker und einen Schlosser durchgeführt.

Hier der Wortlaut des Beschlusses zur Eröffnung des Hauptverfahrens:

„1 Lg. 25/51

13 a StKs 9/51

BESCHLUSS

Der Student Egon Schulze, geb. am 12. 2. 1925 in Eberdorf bei Magdeburg,

der Student Günther Wagner, geb. am 25. 10. 1929 in Magdeburg,

der Student Herbert Barthels, geb. am 1. 10. 1927 in Magdeburg,

der Student Joachim Walter, geb. am 15. 3. 1920 in Metz/ Elsaß,

der Student Egon Heimberger, geb. am 18. 5. 1921 in Halle/Saale,

der Student Siegfried Heiser, geb. am 25. 5. 1917 in Swakopmund,

der Student Hans Regel, geb. am 7. 10. 1925 in Stollberg/ Erzgeb.,

der Schlosser Dieter Thieme, geb. am 12. 11. 1928 in Magdeburg

Der Student Hans-Joachim Viol, geb. am 19. 6. 1928 in Artern,

der Dipl.-Volkswirt Horst Goetze, geb. am 12. 5. 1925 in Halle/Saale,

der Student Julius Götz, geb. am 5. 3. 1925 in Stettin,

der Student Günther Søndergaard, geb. am 5. 3. 1925 in Halle/Saale,

der Student Rolf Konatznik, geb. am 12. 5. 1925 in Regätz/Wolmirstedt,

der Gerichtsreferendar Dr. Ernst Reichardt, geb. am 24. 6. 1920 in Erfurt

werden beschuldigt

zu 1—14

nach dem 8. 5. 1945 durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes gefährdet zu haben, indem sie

zu 1—14

in teilweiser Zusammenarbeit zu Gruppen illegales Hetzmaterial aus Westberlin von der sog. „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ von der Berliner SPD und von der studentischen Opposition BADE, erhielten oder sich selbst in Berlin abholten und diese unter der Bevölkerung der DDR in böswilliger Absicht verbreiteten.

Darüber hinaus haben sie teilweise an die obengenannten Stellen Berichte über aktuelle Ereignisse in der DDR übermittelt, um dem Gegner Material in die Hand zu geben, damit die DDR in gemeiner und gehässiger Weise zu diffamieren.

Zu 8 kommt unbefugter Waffenbesitz hinzu.

Verbrechen 1—14 nach KD 38, Abschn. II Art. III

Vergehen zu 8: nach Kontrollbefehl Nr. 105.

Sie sind dieser Tat hinreichend verdächtig.

Auf Antrag der Untersuchungsbehörde wird daher gegen sie das Hauptverfahren vor dem Landgericht Halle/Saale, 3. Strafkammer eröffnet.

Halle, den 26. Januar 1951
Das Landgericht, 3. Strafkammer
gez. Heimsath gez. Dierl

Zu diesem Beschluß bemerken wir im Einzelnen:
Während die Kommilitonen bereits in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober 1950 verhaftet wurden, faßte man

erst drei Monate später den Beschluß auf Eröffnung des Hauptverfahrens. Die Hauptverhandlung aber fand erst 7 (sieben) Monate nach diesem Eröffnungsbeschluß und gar 10 Monate nach Verhaftung der Kommilitonen statt. Die für den 10. 2. 1951 anberaumte Hauptverhandlung wurde ohne Begründung wieder verschoben.

Sind diese Verfahrensmethoden vom juristischen Standpunkt aus — vom rein menschlichen ganz zu schweigen!! — völlig unhaltbar, so verdienen die Begleitumstände der Verhaftung, die Behandlung der Kommilitonen in der „Untersuchungshaft“ des SSD, und die Durchführung des Verfahrens schärfste Verurteilung und müssen jeden aufrichtigen Demokraten und gerecht und vernünftig denkenden Menschen zum Protest herausfordern.

Die Verhaftung fand, wie im „tausendjährigen Reich“, bei Nacht und Nebel statt. Alle zuständigen Stellen konnten oder wollten den Angehörigen keine Angaben über die Gründe der Verhaftung sowie den Termin der Hauptverhandlung geben. Das Verfahren selbst fand schließlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit hinter verschlossenen Türen und unter Anwendung aller Geheimhaltungsmaßnahmen statt. Die Angeklagten wurden durch den Hintereingang des Landgerichts und durch den Keller in den Saal geführt, der anschließend verschlossen wurde. Das Gerichtsgebäude selbst ließ man von Posten des SSD streng bewachen.

Verteidiger wurden nicht zugelassen, weil die Angeklagten angeblich „keinen Verteidiger verlangten“. Allein diese Tatsachen beweisen schon, daß das Gericht allen Grund hatte, für seine sog. Rechtsprechung das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

Betrachtet man die den betreffenden Kommilitonen zur Last gelegten „Verbrechen“, so kann man nicht umhin, diese Tatbestände als in jeder wahren Demokratie straffrei und derartiges zu tun jedem Staatsbürger im Rahmen der Grundrechte verfassungsmäßig zugesichert anzusehen.

Insofern haben also diese Kommilitonen, zu denen wir uns mit Nachdruck bekennen, nichts anderes getan, als ihrer persönlichen Überzeugung gemäß für die demokratischen Grundrechte einzutreten. Daß sie dies nach der Terminologie der DDR „illegal“ tun mußten, spricht an sich schon für die anormalen Verhältnisse in der SBZ, in deren sog. Verfassung zwar diese Grundsätze auch verbriefte sind, jedoch allem Anschein nach nicht realisiert werden. Wenn ein Eintreten dafür allerdings als ungesetzlich angesehen wird, so fragen wir Sie nach dem tatsächlichen Wert Ihrer Verfassung. Wieso kann ein Handeln, wie es den Kommilitonen als Verbrechen vorgeworfen wird, und das durchweg mit den in den Artikeln 8, 9 und vor allem der Präambel Ihrer Verfassung niedergelegten Grundsätzen im Einklang steht, bei Ihnen bestraft werden? Oder sollte gar in der DDR dem einzelnen Staatsbürger zu tun verboten sein, was Sie selbst und alle Regierungsstellen Ihrer Zone gerade heute laut und vernehmlich als das Gebot der Stunde bezeichnen?

Eine Verurteilung auf Grund des o. a. Tatbestandes ist mehr als widersinnig; denn einerseits versuchen Sie und die ostzonalen Stellen angeblich alles, um durch ein gesamtdeutsches Gespräch die Einheit unseres Vaterlandes wieder herzustellen, andererseits aber werden Bewohner der SBZ bestraft, wenn sie durch Fühlungnahme mit ihren deutschen Brüdern in der Bundesrepublik oder Westberlin dasselbe auf ihre, nicht von oben herunter befohlene, Art und unter Wahrung ihrer eigenen Meinung tun.

Wir fragen Sie: Halten Sie die in diesem Zweckprozeß gefällten Terrorurteile von 8—14jährigen Zuchthausstrafen für die von Ihnen in Ihrem Brief vom 9. 6. d. J. ausgedrückte „restlose Verwirklichung“ der Forderungen der 9.

Auszüge aus Dankesbriefen!

So schrieben freiheitliche Studenten der Sowjetzone an das Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen, das ihnen aus dem Erlös der Solidaritätssammlungen Päckchen geschickt hatte:

„... Über den Inhalt haben wir uns sehr gefreut, sind es doch schmerzlich entbehrte Genüsse. Wir sind Ihnen, als vollständig fremde Menschen, zu großem Dank verpflichtet, dem wir hiermit Ausdruck geben. Gerade wir Umsiedler sind besonders dankbar für eine Liebesbezeugung, da wir viel Bitteres schlucken mußten ...“

„... Sie haben mir wirklich eine große Freude bereitet, zumal mir die schönen Dinge gerade jetzt vor der Prüfung gute Dienste leisten werden. Mit einer so unerwarteten Pfingstüberraschung hatte ich nicht gerechnet ...“

„... Am nächsten Tag erfuhr ich an der Universität von einem vertrauten Kollegen die Ursache dieses freudigen Ereignisses. Nehmen Sie als Absenderin meinen herzlichen Dank entgegen und sagen Sie bitte auch dem Ausschuß meine Dankbarkeit. Seien Sie gewiß, daß ich die Verbundenheit mit uns zu schätzen und zu würdigen weiß ...“

... Die Stunde wird kommen, in der wir Ihnen besonders für diese Art der Unterstützung persönlich unseren Dank abstatten! Ihre Lehrbücher gehen von Hand zu Hand ...

Auch an die FDJ-Funktionäre in den Studentenräten wurden Päckchen geschickt. Hier ihre Antwortschreiben:

„... Ich bin daher geneigt, an eine Verwechslung zu glauben, da ich mich keiner guten Tat rühmen kann, auf Grund deren die Sendung zu verstehen wäre. Ich möchte Sie deshalb bitten, meine Adresse auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und im Falle eines Irrtums mir Mitteilung zu machen. Das Paket steht Ihnen dann jederzeit selbstverständlich zur Verfügung. Sollte es jedoch damit seine Bewandnis haben, so möchte ich Ihnen nochmals Dank sagen für Ihre freundliche Gabe, die ich so ganz unverdient in Empfang genommen habe.“

„Sollte diese Geschenkpackung aber nun doch für mich bestimmt sein, so möchte ich Dich bitten, mir mitzuteilen, ob das Geschenk wirklich von Dir persönlich kommt und was Dich veranlaßt hat, Dich nach so langer Zeit meiner noch freundlich zu erinnern.“ ... „Du siehst also, daß es Dir gelungen ist, mein Interesse vielseitig zu erregen, bleibt zu hoffen, daß Deine zu erwartende Antwort dem entspricht.“

„Ich muß Ihnen gestehen, daß mein Erstaunen darüber sehr groß war und, obgleich meine Adresse richtig ist, ich geneigt bin, an eine Verwechslung Ihrerseits zu glauben“ ... „Immerhin würde es mich interessieren, die Beweggründe kennen zu lernen, aus denen heraus Sie gehandelt haben.“

Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Hamburg? Halten Sie eine Verurteilung zu 8—14 Jahren Zuchthaus wegen Verteilens von Druckschriften und ähnlichem für eine „restlose Verwirklichung“ der in Punkt 5 der Erklärung der 9. DK geforderten Freiheit der Meinungsäußerung und des Rechts auf uneingeschränkte politische Betätigung?

Wir fragen Sie: Was haben Sie als Studenten-„Vertretung“ der Universität Halle für diese Kommilitonen, die Mitglieder Ihrer Universität sind, die Sie also hätten vertreten müssen, getan?

Wir betonen, daß sich jeder, der solche Verhältnisse allein schon duldet, schuldig macht. Wer solche Verhältnisse gutheißt und beschönigt, und dies tun Sie in Ihrem Schreiben — ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt —, dem kann es nicht ernst sein um die Wiedervereinigung Deutschlands.

Wir stellen fest, daß dieses Urteil ganz und gar denen eines Volksgerichtshofes der unglückseligen nationalsozialistischen Ära, die wir für überwunden und beendet glauben, gleichkommt.

Die Studentenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität fordert Sie auf, den Inhalt dieses Briefes der gesamten Studentenschaft der Martin-Luther-Universität in Halle im vorliegenden Wortlaut und vollem Umfang bekanntzugeben, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel dazu zu benutzen, um die Freilassung der vorstehend genannten Kommilitonen zu erreichen.

Wir betonen abschließend, daß wir die Aufnahme eines Gespräches mit Ihnen solange ablehnen müssen, wie die Forderungen der 9. Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaft in Ihrer Zone nicht tatsächlich verwirklicht worden sind.

Wir glauben, daß bis zur Verwirklichung dieser Forderungen für Sie noch eine Menge wirklich lohnenswerter *T a t e n* zu vollbringen sind und dürfen Ihnen daher raten, bis dahin alles Gerede und Geschreie über gesamtdeutsche Gespräche zu unterlassen, dafür aber in dem von uns aufgezeigten Sinne zu arbeiten.

Sie können deshalb versichert sein, daß jede Äußerung von Ihnen bei uns so lange unbeachtet bleiben wird, wie

nicht die widerrechtlich gefangen gehaltenen Kommilitonen freigelassen sind.

Darüber, daß dieser von uns hier wiedergegebene Vorfall keine Ausnahme in Ihrer Zone darstellt, gibt in beredter und erschütternder Weise die anliegend beigelegte Zusammenstellung der nach dem Kriege in der SBZ aus politischen Gründen verhafteten Professoren, Dozenten und Studenten Kunde.

Nun ist es an Ihnen, dafür einzutreten, daß in Ihrer Zone die Freiheit von Forschung und Lehre durch Beseitigung der ausschließlich den Zielen der Einheitspartei dienenden Gesetzgebung über das gesamte Hochschulwesen, durch Gewährung von Koalitionsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und des Rechts auf uneingeschränkte politische Betätigung, sowie durch die Freilassung sämtlicher aus politischen Gründen verurteilten, verhafteten oder verschleppten Professoren, Dozenten und Studenten hergestellt werden.

Handeln Sie so, dann wird die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gewiß nicht ausbleiben können.

Für die Studentenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn:

H. E. Roesch	H. Weber	K. Irsfeld
1. Vorsitzender	2. Vorsitzender	Geschäftsführer

Ach, wären wir Studenten nur noch Insulaner !!

Etwas zur Eisenbahntariferhöhung

Wenn ich hier etwas über die Frage Schülertariferhöhung schreiben soll, so muß ich zunächst einmal ganz offen sagen, daß ich dies nur sehr ungern tue, da diese Frage in den letzten Wochen meine Hauptbeschäftigung gewesen ist, und ich die Worte „Eisenbahntariferhöhung“ kaum mehr hören kann. Dies ganz kurz vorbemerkt.

Obwohl uns im vergangenen Jahr in dieser Frage ein voller Erfolg beschieden war, wußten wir sehr genau, daß wir dieser Angelegenheit unsere besondere Aufmerksamkeit schenken mußten. Daher datieren die ersten Aktennotizen in dem schon zu ganz beachtlichem Umfang angeschwollenen Heften vom 2. 8. 1951. Es war gut, daß wir die ganze Sache bereits durchexerziert hatten und somit den Instanzenweg sehr genau kannten. Wir mußten uns also nur über den Terminablauf informieren: Für die Sitzung des Preirates der Bundesregierung — dem alle Staatssekretäre der Bundesregierung und einige Herren des Bundeswirtschaftsministerium angehören — stellten wir im Namen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen eine Denkschrift fertig und leiteten sie allen Herren zu. Am Tage vor der Sitzung des Preirates hatten wir Gelegenheit, zwei Herren des Bundeswirtschaftsministerium unsere Bedenken darzulegen, an die uns der Herr Staatssekretär verwiesen hatte. Grundtenor diese Unterredung und fast aller Antwortschreiben: Die sozial schwere Lage der Studentenschaft wird anerkannt. Aber nicht zu bestreiten ist das Defizit der Bundesbahn. Der Bundesbahn kann es nicht zugemutet werden, von sich aus durch Unterschüttarife Mittel zur Begabtenförderung bereitzustellen. Dies sei Angelegenheit der Länder. Der ASTA Bonn hatte beantragt, die Frage der Schülertariferhöhung auf der Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften zu beraten und energische Maßnahmen in die Wege zu leiten. In mehreren langen Ausschusssitzungen wurde die Angelegenheit beraten und folgendes Ergebnis erzielt: Die Finanzlage der Bundesbahn wird als schlecht anerkannt. Ebenso muß die außerordentliche Belastung der Studentenschaft anerkannt werden. Da Schüler und besonders Studenten zu den nichterwerbstätigen Bevölkerungskreisen gehören, kann man bei einer Erhöhung der Normal- und Berufstarife noch lange nicht die Schüler-

tarife mit den gleichen Maßnahmen belegen, da dies zu unbilligen sozialen Härten führen muß. Wir können uns daher — wenn auch nur mit Bedenken — mit einer Schülertariferhöhung von höchstens 20—25% einverstanden erklären. Eine 50%ige Tariferhöhung würde für den größten Teil der Studenten eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um ca. 5% bedeuten. Und eine solche Steigerung ist bei den nichtvorhandenen Möglichkeiten einer Lohnerhöhung oder Bereitstellung von Stipendien usw. nicht zu vertreten. Die DK brachte diese Überzeugung in Telegrammen an den Bundeskanzler, den Präsidenten des Bundesrates, den Bundesverkehrsminister und andere maßgeblichen Stellen zum Ausdruck. Ausführlich legten wir unsere Meinung in einer Denkschrift nieder, die wir allen Landesregierungen, Ausschüssen des Bundesrates und den Vertretern der Länder beim Bund zuleiteten. Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, jede einzelne Unterredung, jedes Telefongespräch oder jedes Schreiben zu erwähnen. Festzuhalten aber ist, daß wir bei manchen Stellen — so dem Vizekanzler und Staatssekretär Hallstein — auf wohlwollendes Verständnis gestoßen sind. Außerdem haben diesmal durch rechtzeitige Intervention der ASTA-Vorsitzenden in den Landeshauptstädten un-

Erscheinen die Freunde so oft und so viel,

Sie heißen willkommen!

Wir ändern, wir wechseln, wir steigern das Spiel,

Und jedermann hat sich das Seine genommen.

Eröffnen die Räume, die heiteren, hellen,

Sich als Gemeingut, wie heilende Quellen,

Dem Nächsten, dem Fernsten, dem Höchsten zur Lust,
Beleben der Menge bewegliche Brust;

So Alte, so Junge sind alle geladen

In unserem Äther sich munter zu baden.

Ein Trauernder komme, da fühlt er sich froh,

Erheitert ein Sorgender; jeglicher so,

Wie's immer dem einen, dem andern entspricht,

Zum Streben, zum Handeln, zum Wirken.

zur Pflicht.

Goethe.

sere Schritte eine wesentliche breitere Basis gehabt als beim letzten Mal.

Ich möchte sagen, daß wir der Sitzung des Bundesrates mit einiger Ruhe — wenn auch gemischt mit Skepsis — entgegensehen konnten. Das Protokoll der Bundesrats-sitzung ist direkt lesenswert:

Schon dem Ausschußbericht ist zu entnehmen, daß die Berechnungen der Bundesbahnxperten nicht immer ganz zu stimmen scheinen. Sehr nett bezeichnete der Bericht-erstatte den Schülertarif als einen Preis, der ein „ehrwür-diges Alter“ hat. Es ist auch bemerkenswert, daß von den Schülern usw. als einem „allerdings sehr wichtigen“ Kreis von Verkehrsteilnehmern gesprochen wurde. Sehr auf-schlußreich aber ist, daß die Bundesbahn im Ausschuß dar-gelegt hat, die Schülertarife seien so niedrig, daß sie nicht einmal die Selbstkosten bestritten, so daß man (die BUBA-Experten) erwogen habe, die Schüler völlig frei fahren zu lassen. Eine interessant Gegenüberstellung:

Die vom Staatssekretär des Bundesverkehrsministerium als „geringes Anheben“ bezeichnete Tarifierhöhung soll der BUBA 17 Millionen einbringen! Also haben bisher die Schülertarife 34 Millionen erbracht. Und diese 34 Millio-nen sollen nicht einmal die Abfertigungskosten decken??? Wenn dem so ist — der Bundesrat hatte keine Möglich-keit, dies nachzuprüfen, da die Jahresabschlüsse für 1949 und 1950 ihm noch nicht vorliegen (deswegen hatte Mini-sterpräsident Zinn, Hessen, beantragt, die ganze Vorlage abzulehnen) — so muß man sagen, die Bundesbahn ist eine Einrichtung, die gründlich rationalisiert werden muß. Oder — lassen wir die Rationalisierung, wir wollen lieber völlig frei fahren!

Der Antrag Hessen wurde leider abgelehnt. Schade, denn das wäre ein gutes Erziehungsmoment gegenüber der Mi-nisterialbürokratie gewesen. Interessant aber wurde es, als Minister Albers (Niedersachsen) einen Abänderungsantrag stellte: Die Schülerzeitkarten sind von der Erhöhung aus-zunehmen. Begründung: „Wir haben im niedersächsischen Kabinett erst vorgestern erfahren, daß eine Mitteilung, die uns im Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik von der Bundesregierung gemacht worden ist, nicht stimmt, näm-lich die Mitteilung, daß die Kultusminister der Erhöhung der Schülermonats- und Schülerwochenkarten zugestimmt hätten. Die Kultusministerkonferenz hat sich überhaupt erst am 1. 10., also leider reichlich spät, mit dieser Frage befaßt und nach den Mitteilungen, die wir bekommen haben, ist dort keineswegs eine Zustimmung zu dieser sehr schwierigen Frage zustande gekommen, sondern man hat dort sehr lange diskutiert, die 50%ige Erhöhung abzuleh-nen und dafür eine 15%ige vorzunehmen.“ Mit sehr netten Worten bezeichnete er die Schülertarife als eine Insel der Nichterhöhung, die, so es irgend geht, erhalten werden müßte. Dazu ist zu bemerken, daß in der Begründung der Vorlage (Bundesratsdrucksache Nr. 667/51, Beilage A, Seite 6) es heißt: Auch die Ständige Konferenz der Kul-tusminister der Länder hat sich laut Schreiben vom 16. 8. 51 diesen Erwägungen nicht verschließen können.“ Herr Staatssekretär Frohne verlas ein Schreiben des Kultusmi-nisterium Württemberg-Baden. Dieses scheint das der „Stän-digen Konferenz der Kultusminister“ zu sein. Vom Sekre-tariat der Kultusministerkonferenz haben wir erfahren, daß dort von einem Schreiben nichts bekannt ist. Dagegen liegt ein Schreiben des Vorsitzenden, Herrn Senator Lan-dahl vor, in dem er seine Kultusminister-Kollegen bittet, sich in den Länderkabinetten gegen eine Erhöhung aus-zusprechen. Wir sind an der Klärung dieser Frage sehr interessiert, da dieser Brief zum Gesetzesmaterial gehört, und er bei den einschlägigen Beratungen eine große Rolle gespielt hat. Es wäre zu schön, wenn ein „Experte“ ein Landeskultusministerium für die Ständige Konferenz an-sieht!

Nun aber kommt das „Dicke Ende“ — der Herr Staats-sekretär Professor Frohne sagt: „Ich frage nur: Ist eine Erhöhung, die sich in der Größenordnung von 85—90% bewegt, überhaupt wert, in diesem Hause im Rahmen der sonstigen schwerwiegenden Erhöhungen noch sehr lange dis-kutiert zu werden?“ Wir wissen nicht, was den Herrn Pro-fessor veranlaßt hat, sich so auszudrücken — die Befürchtung, die Schülertarifierhöhung geht ihm auch diesmal wieder durch die Latten, oder mangelndes soziales Verantwor-tungsbewußtsein? Ich habe den Herrn Bundesverkehrs-minister als zuständigen Ressortchef gebeten, dazu Stel-lung zu nehmen und ebenfalls den Herrn Staatssekretär. (Letzterer hat mich bereits gebeten, zu einer persönlichen Aussprache zu kommen.)

Ich werde es nicht versäumen, diese Stellungnahme im nächsten „Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft“ zu veröffentlichen, da die Studentenschaft berechtigtes In-teresse hat, daß man Fragen von folgenswerer Bedeu-tung mit dem erforderlichen sozialen Verantwortungsbe-wußtsein entscheidet. Nach dem Verlauf der Debatte war es anzunehmen, daß der Antrag Niedersachsens angenom-men würde. Leider nicht. Mit 25:18 Stimmen wurde er abgelehnt und damit war die Tarifierhöhung sanktioniert. Unter dem Eindruck der Bundesratsdebatte — insbeson-dere der Äußerungen von Herrn Staatssekretär Frohne — haben wir dem Bundeskanzler sofort ein ernstgehaltenes Telegramm nach Berlin geschickt.

Und nun? Es bleibt abzuwarten, was die weiteren Ver-handlungen ergeben werden. So ganz ohne jede Hoffnung brauchen wir nicht zu sein. Wenn wir mit einer generellen Senkung um 25% nicht durchkommen, holen wir eben einen anderen Vorschlag aus der Schublade: Wenigstens die bedürftigen Schüler, Studenten, Lehrlinge usw. sollen mit entsprechender Bescheinigung zu einem günstigeren Tarif fahren können. Jedenfalls ist bei der augenblick-lichen Lage der Studentenschaft eine Erhöhung um 50% nicht zumutbar und muß ernste Folgen zeitigen. Wir hof-fen, daß der Bundestag — denn auf ihn wird es jetzt ent-scheidend ankommen — für unsere Anliegen ein offenes Ohr haben wird. Die der BUBA entstehenden Ausfälle sollen durch den Bundesjugendplan gedeckt werden. Wir hoffen, daß man aus den Ausführungen von Prof. Span-ger anlässlich seiner Rede zum Nationalen Gedenktag des Deutschen Volkes die Konsequenzen zieht:

„Wer eine wertvolle Jugend haben will, gebe ihr eine sittlich gute Erziehung.“

H. E. Roesch



Vielleicht — binden die „Amestierten“ hier schon den „Schelm“ fest?
(Zum Gastspiel der „Amestierten“ am 16. November, um 20 Uhr,
im Studentenhaus)

Unruhen in der brasilianischen Studentenschaft

Dr. Heinemann

Kürzlich fand in Rio de Janeiro der 14. Nationalkongreß der brasilianischen Studentenschaft statt. Die Wahlsitzung endete nach 15stündiger Dauer mit einem überraschenden Sieg der antikommunistischen Richtung mit 203 gegen 129 Stimmen. Man war allgemein überrascht, weil man bis zum letzten Augenblick angenommen hatte, daß der Ausgang höchst zweifelhaft sei, da die beiden Richtungen, die kommunistische und die antikommunistische, sich ungefähr gleich stark gegenüberstanden. Hatte dieser Kongreß schon vorher viel Staub aufgewirbelt, weil sein Zustandekommen infolge Ausbleibens der Bundesunterstützung in Frage gestellt war, so erregte er erst recht das Interesse der Öffentlichkeit durch die starke Agitation, die linksgerichtete Kreise bei der Tagung entfalteten. In zwei vielbeachteten Artikeln hatte der Herausgeber der „Tribuna da Imprensa“ vor allem dem Vertreter der Internationalen Studentenunion, dem italienischen Studenten Berlinger seinen Kommunismus vorgeworfen. Der brasilianische Studentenkongreß beschloß daher nach zweistündiger scharfer und leidenschaftlicher Debatte, den Journalisten vorzuladen, um seine Beweise zu hören, daß die Internationale Union kommunistisch sei und ihre Weisungen von Prag erhalte. Er wurde im Kongreß mit langandauernden Beifalls- und Mißfallensäußerungen empfangen, konnte aber in mehr als zweistündigen Ausführungen die Studenten von der Richtigkeit seiner Behauptung überzeugen, und vor allem darauf verweisen, daß nicht 80 (wie Berlinger triumphierend behauptet hatte), sondern nur 23 brasilianische kommunistische Studenten nach Berlin zum Jugendkongreß gereist seien. Er konnte auch fotografische Dokumente vorlegen, die Berlinger zeigten, wie er in Prag sowie in Moskau am Grabe Lenins Kränze niederlegte. Diese Rede des Journalisten hat wohl den Wahlausgang stark beeinflusst. Die Kommunisten-Studenten hatten viele gar nicht kommunistische, sondern nur linkseingestellte Studenten in ihre Wahlliste aufgenommen, um so Stimmen aus den bürgerlichen Studentenlagern zu sich herüber zu ziehen und so den bisherigen Vorsitzenden der brasilianischen Studentenvereinigungen, der scharfer Kommunistengegner ist, zu schlagen. Der Kongreß behandelte vor allem soziale Fragen, wie die der Errichtung studentischer Speisehäuser in allen Hochschulen, die Bildung einer studentischen Genossenschaftszentrale, ärztlicher und zahnärztlicher Hilfe für die Hochschüler usw. Das wesentliche aber war die Frage des Kommunismus, der in großen Teilen der brasilianischen Studentenschaft verwurzelt ist und daher mit äußerster Anstrengung diese seine „letzte legale Position“ im öffentlichen Leben verteidigte. Inzwischen hat der italienische Student Berlinger Brasilien verlassen, nachdem er der Presse eine große Kundgebung und Dankesadresse übermitteln hat. In ihr erscheint das Wort „Frieden“ viele Male. Die Zeitung „Correio da Manhã“ schreibt dazu: „Möge Gott ihn behüten und in Frieden ziehen lassen.“

Ende Oktober soll in Rio de Janeiro der Erste Panamerikanische Studentenkongreß stattfinden, der Vertreter der nationalen Studentenvereinigungen aller Länder Amerikas zusammenführen soll. Der Sekretär für internationale An-

gelegenheiten der brasilianischen Studentenvereinigung kehrte kürzlich von einer Vorbereitungsreise in die Vereinigten Staaten zurück, und wird jetzt die übrigen Staaten Amerikas besuchen, um jede nationale Vereinigung zur Entsendung von je vier Vertretern zu ersuchen. Die Organisationskommission wurde vom brasilianischen Präsidenten Dr. Vargas empfangen, der seine volle moralische Unterstützung zusagte.

Seit Mai befindet sich die Studentenschaft der Universität Sao Paulo in Streik, und jetzt droht ein allgemeiner Sympathiestreik aller brasilianischen Studenten auszubrechen. Es handelte sich um eine Hochschulangelegenheit, die aber nicht des politischen Beigeschmacks entbehrt. In ihrem Mittelpunkt steht nämlich die Figur des heute weltbekannten brasilianischen Architekten Oscar Niemeyer, der gleichzeitig als einer der intellektuellen Führer des Kommunismus bekannt ist. Niemeyer gehörte zu den internationalen Architekten, die das neue Hochhaus der Vereinten Nationen in New York bauten, dem die Vereinigten Staaten aber vor Jahresfrist das Einreisevisum verweigerten, als er als einer der Mitarbeiter des neuen Völkerbundsgebäudes in New York dorthin kommen wollte. Bei der Jugend genießt Niemeyer hohes Ansehen, man ist in Brasilien auf seine internationalen Erfolge sehr stolz, und wo er zu Vorträgen er-

Am 9. November veranstaltet die Gilde-Buchhandlung einen Abend magischer Kammerkunst, mit

Herrn Alexander Adrian

Beginn: 20 Uhr im Bonner Bürgerverein

Eintrittspreise: 1,50 und 2,- DM

scheint, hört man seinen Ausführungen über moderne Architektur interessiert zu. Die Gesellschaft ignoriert seine politischen Ansichten, für den Kommunismus bedeutet der Name Niemeyers aber zweifellos eine der besten Werbungen unter der brasilianischen Jugend. Beim Streik der Architekturstudenten in Sao Paulo handelte es sich auch um andere Fragen, vornehmlich aber um Oscar Niemeyer. Die Fakultät hatte ihn auf einen außerplanmäßigen Lehrstuhl für Städtebau berufen. In der nächsten Sitzung des Universitätsrates aber wurde gegen seine Ernennung Einspruch erhoben, da die Wahl nicht bestimmungsgemäß geheim, sondern offen war. In der zweiten Geheimwahl des Universitätsrates wurde Niemeyer mit 16 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Als die Ablehnung Niemeyers bekannt wurde, schrieben die Studenten durch ihre Fachvereinigung einen scharfen Brief an den Rektor und drohten mit Streik, wenn binnen 24 Stunden ihre Forderungen nicht erfüllt würden, zu denen auch die Neuerwägung des Beschlusses der Ablehnung Oscar Niemeyers gehörte. Der Brief war in einem Ton gehalten, daß Rektor und Universitätsrat darin eine Beleidigung erblickten. Sie gaben ihn daher einfach zurück, nachdem man vorher versucht hatte, mündlich zu verhandeln. Durch Universitätsbeschuß wurde die Fakultät geschlossen, was dann zum Streik der sympathisierenden Gesamtstudentenschaft führte.

Ein ehemaliger Student unserer Universität sandte uns diesen Bericht, den wir gern veröffentlichen. Wir freuen uns über das schöne Zeichen der Verbundenheit (D. Redaktion.)

Am 12. November um 20 Uhr im Studentenhaus:

Veranstaltung

im Rahmen der Solidaritätssammlung

Prof. D. Dr. Köhler (FU Berlin) spricht über

„Freiheit als Aufgabe“,

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird ein Dokumentar-Filmstreifen v. den sog. Weltjugendfestspielen in Berlin gezeigt werden

Kommitonen! Beweisen durch ihre Teilnahme Ihre Verbundenheit mit unseren freiheitlichen Kommilitonen!

Karl-Heinz Evers (Amt für gesamtdeutsche
Studentenfragen)

gibt einen Situationsbericht

über sowjetzoniales Hochschulleben.

UNIVERSITÄTS-NACHRICHTEN

DIE NEUEN DEKANE:

In der Ev.-theol. Fakultät
 Prof. D. Ernst Bizer.
 „ „ Kath.-theol. Fakultät
 Prof. Dr. Nikolaus Monzel.
 „ „ Rechts- u. Staatsw. Fakultät
 Prof. Dr. Fritz Meyer.
 „ „ Medizin. Fakultät
 Prof. Dr. Wilh. Dirscherl.
 „ „ Philosophischen Fakultät
 Prof. Dr. Herbert v. Einem.
 „ „ Math.-nat. Fakultät
 Prof. Dr. Friedrich Becker.
 „ „ Landwirtsch. Fakultät
 Prof. Dr. Heinrich Niehaus.
 Das Amt des Rektors wird Prof. Dr. Werner Richter führen, das des Prorektors Prof. Dr. Ernst Friesenhahn.

Ernennungen:

Prof. Dr. med. et phil. Michael Bauer, Leiter der ärztlichen Abteilung des Bundesministeriums für Arbeit, wurde zum Honorarprofessor in der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn ernannt. Er erhielt den Auftrag, das Gebiet der Arbeits- und Versicherungsmedizin in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.

Prof. Dr. Johannes Haas, zuletzt Professor an der Preussischen Akademie der Wissenschaften, wurde zum Honorarprofessor für Astronomie in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn ernannt.

Prof. Dr. Hans von Hentig, zuletzt Universität Kansas City, wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den freien Lehrstuhl für Kriminalwissenschaft in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn berufen.

Dozent Dr. Ernst Kirsten, Bonn (Historische Geographie und Topographie des Mittelmeerkulturreises) und Dozent Dr. Kurt Stürmer, Bonn (Frauenheilkunde) wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt.

Dr. Georg Knetsch, apl. Professor für Allgemeine und Angewandte Geologie an der Universität Bonn, hat einen Ruf als Ordinarius für Geologie und als Leiter der Geologischen Abteilung der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Königs-Fouad-Universität in Kairo angenommen.

Mit Wirkung vom 1. 10. 1951 ist dem Privatdozenten Studienrat Lic. Dr. Heinrich Karpp ein Lehrauftrag für alte Kirchengeschichte erteilt worden.

Dozent Dr. med. habil. Dipl.-Ing. Arthur Leinbrock, Oberarzt an der Universitäts-Hautklinik Bonn, und Dozent Dr. Robert Brühl, Trier, wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt.

Vizeoffizial Dr. Peter Linden wurde als ordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für Kirchenrecht in der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn berufen und zugleich zum Direktor des Kirchenrechtlichen Seminars ernannt.

Professor Dr. Paul Menzerath wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des neuerrichteten planmäßigen Extraordinariats für Phonetik in der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn beauftragt.

Prof. Dr. Vinzenz Rüfner wurde als ordentlicher Professor der Philosophie in die Philosophische Fakultät der Universität Bonn berufen und gleichzeitig zum Direktor des Philosophischen Seminars Abt. B ernannt.

Professor Dr. Otto Spies wurde mit der vertretungsweise Wahrnehmung des Lehrstuhls für Semiotik und Islamkunde in der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn beauftragt.

Professor Dr. Otto Schmitz-Dumont, Oberassistent am Bonner Chemischen Institut, wurde auf das planmäßige Extraordinariat für Chemie in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn berufen.

Professor Dr. Johannes Karl Müller, Direktor der Universitäts-Augenklinik Bonn, hat den an ihn ergangenen Ruf nach Tübingen abgelehnt.

Habilitationen:

In der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn habilitierten sich: Dr. August Franzen und Dr. Erwin Iserloh, beide für Kirchengeschichte.

Professor Dr. med. Max Bücklers aus München-Gladbach hat sich für das Fach Augenheilkunde von der Universität Tübingen nach Bonn umhabilitiert.

In der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn habilitierten sich: Dr. med. vet. Kurt Kaemmerer für Veterinärphysiologie, Dr.-Ing. Lothar von Erichsen für allgemeine Chemie unter besonderer Berücksichtigung der physikal. Chemie, Dr. phil. Bernd Stille für Mikrobiologie, Dr.-Ing. Otto Rosenbach für angewandte Geophysik.

Mitgliedschaften in Akademien und Ehrungen:

Prof. Dr. Herbert v. Einem, Ordinarius für Kunstgeschichte, Mitglied des Comité international d'histoire de l'art, nahm an den Sitzungen des Comité, die vom 11.—13. Juli in Brüssel stattfanden, als Vertreter der deutschen Kunstwissenschaft teil.

Professor Dr. Edmund Gassner, Bonn, ist auf Veranlassung von HICOG zu einem 3 Monate dauernden Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten eingeladen worden.

Professor Dr. Paul Ernst Kahle, emeritierter Ordinarius der Orientalischen Philologie an der Universität Bonn, wurde vom spanischen Forschungsrat (Consejo Superior de Investigaciones Científicas) in Madrid zum Ehrenmitglied ernannt.

Prof. Dr. Theodor Klausner, Ordinarius für Alte Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Liturgiegeschichte in der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn, wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften ernannt.

Professor Dr. C. Troll, Direktor des Geographischen Instituts der Universität Bonn, wurde in den Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft gewählt.

Eine der ersten „Grotius-Medailen“ erhielt Professor Dr. Walter Schätzel, dem die Übersetzung des Hauptwerkes des großen Völkerrechtlers zu verdanken ist. Die Auszeichnung wird verliehen für Verdienste um die Verbreitung des friedenswichtigen Völkerrechtsgedankens.

Auf der Hauptversammlung der „Gesellschaft Deutscher Chemiker“ wurde dem Direktor des Chemischen Instituts an der Universität Bonn, Professor Dr. Burkhardt Helferich, die Emil-Fischer-Medaille verliehen.

Geburtstage und Jubiläen:

Wegen Erreichens der Altersgrenze ist der bisherige Direktor der Universitäts-Bibliothek Bonn, Herr Dr. Karl Lebach, aus dem Amt geschieden.

Prof. Dr. Karl Meisen, der Bonner Germanist und Volkskundler, beging am 11. Oktober seinen 60. Geburtstag.

Das seltene Jubiläum der 65. Wiederkehr seines Promotionstages konnte am 20. Oktober das älteste Mitglied des Lehrkörpers der Bonner Universität, Geheimrat Professor Dr. Alfred Philippson, begehen.

Am 14. September 1951 vollendet Prof. Dr. med. Proell, der vormalige Direktor der Universitäts-Zahnklinik Bonn, sein 70. Lebensjahr.

Vor 50 Jahren, am 24. Juli 1901, promovierte Ludwig Schiedermair bei dem Historiker Richard Fester in Erlangen.

Am 10. August vollendete Professor Dr. med. Walter Thörner, Direktor des Instituts für Leibesübungen an der Universität Bonn, das 65. Lebensjahr.

Todesfälle:

Am 11. August 1951 verstarb der ordentliche Professor der landwirtschaftlichen Betriebslehre an der Universität Bonn, Dr. h. c. Theodor Brinkmann, im 75. Lebensjahr.

Am 26. September 1951 verschied Professor Dr. Hans Cloos, Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität Bonn.

Am 4. September 1951 erlag unerwartet einem Herzschlag der frühere Ordinarius der Geographie an der Universität Bonn, Prof. Dr. Leo Waibel.

Sonstige Nachrichten:

Vom 8.—14. Oktober 1951 fand in Paris, anlässlich der Zweitausendjahrfeier der Stadt, der Congrès International de la Genèse et l'avenir de Paris statt, der große wissenschaftliche Kongreß, an dem zahlreiche Wissenschaftler aus aller Welt teilnahmen. Die Universität Bonn wurde bei dieser Gelegenheit durch den Leiter des Instituts für Vor- und Frühgeschichte, Dozent Dr. Otto Kleemann, vertreten.

Professor Dr. Bruno Schuler, bisher kommissarischer Direktor der Medizinischen Poliklinik der Universität Bonn, hat die Leitung der Inneren Abteilung des Marien-Hospitals in Köln übernommen.

Um das Poppelsdorfer Schloß herum entsteht in den nächsten Jahren eine Reihe moderner Universitätsbauten. Mit dem Bau des Physikalisch-Chemischen Instituts und des Instituts für theoretische Physik und Mathematik wurde bereits begonnen. Ein pharmazeutisches Institut wird folgen.

35 Panzer hätten mit demselben Kostenaufwand gebaut werden können, den der Aufbau der Universität bisher gekostet hat. 25 Mill. DM benötigt der auf insgesamt 60 Mill. DM veranschlagte vorkriegsmäßige Wiederaufbau.

Die Firma Henkel & Cie hat der Universität Bonn für den Ausbau von Instituten und zur Förderung des studentischen Nachwuchses aus Anlaß ihres 75-jährigen Firmenjubiläums einen Betrag von 20 000.— DM zur Verfügung gestellt.

In der Zeit vom 11.—17. November 1951 wird die Universität Bonn eine Hochschulwoche in Remscheid durchführen. Nach einer Eröffnungsveranstaltung, an der Se. Magnifizenz Prof. Dr. Dr. h. c. Richter teilnehmen wird, werden an jedem Abend Vorträge aus dem Gebiet der Rechtswissenschaft, der Philosophie, der Geschichte, der Medizin, der Geographie und der Naturwissenschaft mit anschließendem Colloquium gehalten. Dies soll ein Schritt zur Begegnung der Universität mit der Öffentlichkeit sein.

In der Zeit vom 8.—10. Oktober 1951 fand hier in Bonn die 5. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn statt. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Vorträgen von Dozenten und Professoren der Landwirtschaftlichen Fakultät sprach Minister Lübke über das Thema: „Landwirtschaftliche Forschung als Grundlage der Produktionsförderung in der praktischen Landwirtschaft“.

KÜNSTLER-KELLER

BONN

KÖNIGSTR. 25

ZUR

KERZE

Geöffnet von 20 — 4 Uhr

Couleur-Artikel aller Art

liefert das bekannte

COULEUR-HAUS

P. SCHNEIDER

BONN

Wwe.

jetzt: Franziskanerstraße 1, am Koblenzer Tor

Winter-Sport

-Ausrüstungen und -Bekleidung elegant — sportgerecht — zünftig

Winter-Urlaubs-Reisen

in die Schweiz und nach Österreich, Februar und März 1952

Winter-Omnibus-Fahrten

zum Wochenende in die Eifel bei günstiger Schneelage

Ski-Gymnastik-Kurse

beginnend 5. Nov. 1951, 20.15 Uhr, im Tattersaal Henke, Riesstr.

Leih-Ski

Amtl. Wintersport-Wetterdienst im Aushang

Eigene Ski-Werkstatt im Hause

Reeborhaus

SPORT

MODE

JAGD

Poststraße

-

Ecke Münsterstraße

Elly Herbst

DIE GESELLSCHAFTSTANZSCHULE

wieder

BONN-KAISERSTR. 63

RUF: 3187

Mit Semesterbeginn Zusammenstellungen
neuer Kurse für Anfänger-Fortgeschrittene
Einzelstunden. Studenten haben
Preisermäßigung

W. BAURICHTER

BONN, Markt 11

Kollegbücher - Briefpapier

Füllhalter - Kugelschreiber

Astoria

Konzert-Restaurant

BONN, Markt

tägl. erstkl. Konzert und Tanz

Gepflegte Getränke - gutbürgerliche Küche

Carl Hilgers Wwe Bonn

Ruf 6550

KAISERPLATZ 3

Ruf 6550

Leitz

Instrumente für klinische und vorklinische Praktika

Laborbedarf - Optische Geräte - Leihinstrumente

Sonderanfertigung - Reparaturen

Leica